

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.3/4 - 65. Jahrgang

21. Februar 2015



Hamburger Wahlsieger: Olaf Scholz.
Foto: Susie Knoll / SPD

„Verlässlichkeit wird belohnt“

Der klare Wahlerfolg von Olaf Scholz in Hamburg zeigt nach Ansicht des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel die Bedeutung von Verlässlichkeit in der Politik.

Auch auf Bundesebene stehe für die SPD verlässliches Regieren an allererster Stelle, betonte Gabriel. „Wir haben eine gute und sichere Regierung. Daran hat die SPD einen erheblichen Anteil“, so der SPD-Vorsitzende. „Wer das nicht glaubt, muss sie einfach nur mit der letzten Bundesregierung vergleichen.“ Das Wahlergebnis von Olaf Scholz zeige zudem, so Gabriel, „dass wirtschaftliche Kompetenz und soziale Kompetenz keine Gegensätze sind, sondern zusammen gehören“.

„Im Wahlkampf hat Olaf Scholz erfolgreich vor allem auf das direkte Gespräch gesetzt und auf sonstigen Schnickschnack verzichtet“, so die Analyse des Hamburger SPD-Bundestagsabgeordnete Niels Annen.

Die SPD hatte in Hamburg 45,7 Prozent erreicht, die zweitplatzierte CDU kam auf 15,9 Prozent, die Grünen als möglicher Koalitionspartner der SPD erhielt 12,2 Prozent. „Wir werden niemanden enttäuschen und alles, was wir vorher gesagt haben auch in Zukunft in den nächsten fünf Jahren umsetzen“, erklärte Olaf Scholz. **J.W./BS** □

Olympiabewerbung:

Berlin im Endspurt

100.000 Unterschriften für Olympia in der Hauptstadt

Das Interesse an einer Olympiabewerbung Berlins wächst nicht nur unter Berlins Sportvereinen. In der Hotelbranche, in der Gastronomie und im Einzelhandel verspricht man sich erhebliche Arbeitsplatzeffekte. Unterstützung kommt aber auch aus der Kreativ- und Kulturszene.

Am Donnerstag überreichten die Initiatoren der Kampagne „Das lebendige Olympische Band“ und Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller vor dem Brandenburger Tor rund 100.000 Unterschriften von Befürwortern einer Berliner Olympiabewerbung 2024/28 an den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB). Mit der Unterschriftensammlung auf großformatigen Plakaten wollten die Berliner Sportverbände die Unterstützung für Berlins „Olympiatraum“ deutlich machen. Denn in den kommenden Tagen will der DOSB in den beiden Bewerberstädten Hamburg und Berlin Telefonumfragen starten, um herauszufinden, wo die Unterstützung für die Olympischen und Paralympischen Spiele größer ist. Am 21. März will der DOSB



Am kommenden Dienstag findet die Senats-sitzung im Berliner Olympiastadion statt.

dann die endgültige Entscheidung für eine deutsche Bewerberstadt treffen.

Landessportbundpräsident Klaus Böger ist fest überzeugt, dass nur Berlin für Deutschland mit Chancen antreten kann. Dazu komme ein nachhaltiges Konzept: „Wir haben bekanntermaßen 70 bis 80 Prozent der Sportstätten und ein hochfunktionierendes Olympiastadion, das gerade einen grünen Award bekommen hat.“

weiter S. 3

Brandts Ostpolitik als Wegweiser

Beschluss des SPD-Parteivorstands

Trotz aller Rückschläge nach dem Waffenstillstandsabkommen von Minsk setzt die SPD weiter auf eine Lösung ohne Waffenlieferungen an die Ukraine. Militärisch sei der Konflikt nicht zu entscheiden.

Die Ostpolitik Willy Brandts könne auch heute in der Ukraine-Krise ein Wegweiser sein, so der Parteivorsitzende Gabriel auf einer Klausurtagung des SPD-Parteivorstands. In einem Beschluss, der noch vor dem zweiten Minsk-Abkommen verabschiedet wurde, hatte der SPD-Vorstand zwei strategische Ankerpunkte genannt: „Erstens müssen Repression und Gewalt im Gewand nationalistischer Rhetorik, Verletzung des Völkerrechts, militärische Sub-

version und Annexion zur Durchsetzung von geopolitischen Machtansprüchen un-zweideutig zurückgewiesen, entmutigt

IN DIESER AUSGABE:

KEIN UNTERGANG	S. 4
FELGENTREU ZUR FAMILIENPOLITIK	S. 9
TTIP OHNE KULTUR?	S. 10
AUSSTELLUNG „DIE ROTEN KHMER“	S. 16

und eingedämmt werden. Zweitens aber brauchen wir ausgehend von dieser Standfestigkeit auch die Klugheit, die momentan von der Bildfläche verdrängten langfristigen Interessen der Kontrahenten zu erkennen und daraus neue verbindende Zukunftsperspektiven abzuleiten.“ **BS** □

Sylvia-Yvonne Kaufmann:

„Unwürdige Praktiken“

EU-Parlament berät US-Senatsbericht zur CIA-Folter

Entführungen, Verschleppungen, fürchterliche Folterpraktiken. In seinem Abschlussbericht hat der Geheimdienstausschuss des US-Senats Ende letzten Jahres die menschenverachtenden Machenschaften der CIA im Kampf gegen den Terror detailliert wie nie zuvor dokumentiert.

Fünf Jahre lang haben die Mitglieder des Ausschusses untersucht, Zeugen befragt und bisher geheime Akten angefordert. Der Abschlussbericht stellt das Ergebnis dieser Arbeit dar, er umfasst mehr als 6000 Seiten. Veröffentlicht wurden davon jedoch nur knapp 500.

VERSTRICKUNG VON EU-MITGLIEDSTAATEN BESTÄTIGT

Die ganze Wahrheit über die Taten, die unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung begangen wurden, liegt also weiterhin im Dunkeln. Eines hat der Bericht jedoch nun auch von amerikanischer Seite bestätigt: Mehrere EU-Mitgliedstaaten waren in die Entführung und Folterung von Terrorverdächtigen durch die CIA verstrickt.

Als Reaktion darauf haben der ehemalige polnische Präsident Alexander Kwasniewski sowie der ehemalige rumänische Geheimdienstchef Ioan Talpes die Existenz von US-Geheimgefängnissen in ihren Ländern zugegeben.

Das Europäische Parlament hat bereits vor acht Jahren einen nichtständigen Ausschuss eingesetzt, der die Praktiken der CIA und die Verstrickung europäischer Staaten in die massive Verletzung von Menschenrechten untersucht hat. Ich habe damals diesem Ausschuss angehört, und es war wichtig, dass wir Europaparlamentarier an diesem Thema drangeblieben sind.

Denn eines ist klar: Jede Anwendung von Folter verletzt eklatant unsere rechtsstaatlichen Werte, auf die wir Europäer zu Recht stolz sind. Die Täter und Mitwisser in Fällen von Folter müssen ermittelt und diese müssen für ihre Taten strafrechtlich belangt werden.

NEUE UNTERSUCHUNGEN DURCH DAS EU-PARLAMENT

Im Lichte der neuen Erkenntnisse haben wir in einem fraktionsübergreifenden Antrag in diesem Februar in Straßburg durchgesetzt, mehr Licht ins Dunkle bei der Verstrickung von EU-Mitgliedstaaten in die menschenverachtenden Praktiken der CIA zu bringen.



Sylvia-Yvonne Kaufmann ist Berliner Europaabgeordnete.

Foto: Horb

Das Europäische Parlament hat den zuständigen Innenausschuss, in dem ich arbeite, und den Menschenrechtsausschuss damit beauftragt, neue Untersuchungen zur Verstrickung von EU-Staaten in den CIA-Folterskandal einzuleiten. Wir werden neue Expertenanhörungen organisieren, parlamentarische Sondierungsmissionen zu mutmaßlichen CIA-Geheimgefängnissen in EU-Mitgliedstaaten durchführen und Nachforschungen anstellen, ob tatsächlich Geld aus den USA an einige EU-Staaten geflossen ist, um diese zur Kooperation zu bewegen und wer von diesen Geldern profitiert hat.

DIE EU-MITGLIEDSSTAATEN SIND GEFORDERT

Das Europäische Parlament kann jedoch nur einen Beitrag leisten. Die Mitgliedstaaten sind ebenfalls gefordert. So müssen diejenigen Staaten, auf deren Hoheitsgebiet mutmaßlich Entführungen, Inhaftierungen und Folter stattgefunden haben, endlich unabhängige Untersuchungen ermöglichen, damit alle in die Foltermaßnahmen verstrickten Personen strafrechtlich verfolgt und zur Rechenschaft gezogen werden können.

Denn eines muss man noch einmal unterstreichen: Alle EU-Mitgliedstaaten haben die Europäische Menschenrechtskonvention ratifiziert. Die Grund- und Menschenrechte der Konvention sind bereits jetzt Teil des Unionsrechts.

In Artikel 3 der Konvention heißt es: „Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden.“ Wenn wir es wirklich ernst damit meinen, darf es in Europa weder Sprach- noch Straflosigkeit bei jeglicher Form von Folter geben.

Sylvia-Yvonne Kaufmann □

Trauer um Hans Kremendahl

In der Nacht zum 11. Februar ist in Wuppertal der ehemalige Berliner Staatssekretär und SPD-Landesgeschäftsführer Hans Kremendahl verstorben. Er wurde 66 Jahre alt.

Über vier Jahrzehnte hat sich Hans Kremendahl politisch und sozial engagiert. Von 1981 bis 1989 war er wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, von 1985 bis 1989 Landesgeschäftsführer der Berliner SPD und von 1989 bis 1996 Staatssekretär - hier zunächst für den Bereich Wissenschaft und Forschung, dann für Wirtschaft und Technologie und zuletzt für Stadtentwicklung, Umwelt und Technologie. „Viele, die mit ihm seit Anfang der 70er Jahre bis Mitte der 90er den politischen Weg gegangen sind, werden sich gerne an die gemeinsame Zeit, die gemeinsamen Kämpfe und auch Erfolge erinnern“, so der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß. 1996 kehrte er in seine Heimatstadt Wuppertal zurück, wo er bis 2004 als hauptamtlicher Oberbürgermeister tätig war. Für soziale Anliegen engagierte er sich u.a. als Schirmherr der Wuppertaler Tafel und als Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt. Der BERLINER STIMME war Hans Kremendahl zuletzt als Autor zahlreicher Beiträge zur Entwicklung der Partei verbunden. **BS □**

Klaus Löhe verstorben

Im Alter von 70 Jahren ist am 2. Februar der frühere Staatssekretär in der Senatsjugendverwaltung Klaus Löhe verstorben. Löhe hatte nach einer Ausbildung bei der Post in den siebziger Jahren in der Jugendverwaltung gearbeitet, 1979 wurde er in die BVV Neukölln gewählt, 1989 gewann er bei der Abgeordnetenhauswahl den Wahlkreis Britz. Von 1991 bis 1999 wirkte er als Staatssekretär u.a. an der Umbauplanung des Olympiastadions mit. Im Mai 2010 trat er aus der SPD aus, der er seit 1971 angehört hatte. **BS □**

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2130 870, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Senat:

Doppel-Erfolg beim Haushalt

Berlin investiert und zahlt Schulden zurück

Neue U-Bahnzüge für die BVG, zwei neue Multifunktionsbäder am Mariendorfer Ankogelweg und der Wolfshagener Straße in Pankow, Sanierungen in Schulen und Sportstätten, fünf neue Kitas: Berlin investiert wieder. Dabei geht es, so Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen, um „ganz konkrete Einzelprojekte, die in sich abgeschlossen sind und zügig begonnen und umgesetzt werden können“.

Genutzt wird dafür die Hälfte der Haushaltsüberschüsse Berlins im vergangenen Jahr. Das sind 438 Millionen Euro. Geregelt ist das in einem Gesetz, mit dem vor allem die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus wieder Investitionen in die wachsende Stadt ermöglichen wollte. Kollatz-Ahnen: „Wir geben nur aus, was wir haben.“ Die andere Hälfte der Überschüsse fließt in den Schuldenabbau. Seit 2007 hat Berlin rund zwei Milliarden Euro Schulden zurückgezahlt. Damit sinkt die Zinsbelastung weiter.

Die Koalitionsfraktionen kündigten in der vergangenen Woche an, die Investitionsmittel um weitere 100 Millionen Euro durch Auflösung der BER-Rücklage aufstocken zu wollen. Damit sollen vor allem die Bezirke besser ausgestattet werden.

Die einzelnen Projekte werden nach der Beschlussfassung im Senat im Abgeordnetenhaus beraten, im April soll ein entsprechender Nachtragshaushalt beschlossen



Sieben neue U-Bahnzüge sollen aus den Investitionsmitteln angeschafft werden, um den wachsenden Fahrgastzahlen zu entsprechen.

Foto: Horb

werden. Dann wird es schnell um die Auftragsvergabe gehen. Mehr als 50 Millionen Euro sollen in die Sanierungsarbeiten an den Charité-Standorte im Wedding und in Steglitz fließen. Ein ebenso hoher Betrag entfällt auf drei Vivantes-Standorte sowie vier weitere Kliniken. Mit sieben neuen Zügen für knapp 60 Millionen Euro wird den steigenden Fahrgastzahlen bei der BVG Rechnung getragen. Zusätzliche Mittel gibt es für Kitas (10 Millionen) und Schulen. Saniert werden auch mehrere Polizei-Einrichtungen. Dem Bildungsbereich stehen weitere 67 Millionen Euro aus frei werdenden Bafög-Mitteln zur Verfügung. **U. H. □**

Berlin im Endspurt

100.000 Unterschriften für Olympia in der Hauptstadt

Fortsetzung von Seite 1

„Die Herausforderung der Spiele setzt politisch und gesellschaftlich Energien und kreative Kräfte frei, die ansonsten in den Mühen des Alltags oftmals brach liegen“, stellt der Präsident des Landessportbunds Klaus Böger fest. „Das wird der Stadt, dem Land und dem Sport in Deutschland gut tun.“ Und damit käme auch Geld in die Stadt, das Berlin sonst nicht hätte: Geld für die Instandsetzung von Sportstätten, den Verkehr, aber auch den Wohnungsbau - in Form eines Olympischen Dorfes. Arbeitsministerin Dilek Kolat rechnet mit 40.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen im Falle einer erfolgreichen Bewerbung.

Berlins Kreativszene hat sich gemeinsam mit Kulturstaatssekretär Tim Renner am Mittwoch mit der Olympiabewerbung befasst. In einem Papier beschreiben die Kreativen, wie sie sich Olympische Spiele im Gegensatz zu den missbrauchten Spie-

len des Jahres 1936 vorstellen: „Heute ist Berlin eine junge und internationale Stadt, der Vielfalt, der Freiheit, der unterschiedlichen Religionen, Weltanschauungen und Lebensentwürfe. Der Olympische und paralympische Gedanke wird hier schon gelebt. Berlin ist auch eine Stadt, die sich Gedanken macht, über die Schere zwischen Arm und Reich, über Gentrifizierung, über nachhaltiges Leben, ... Wenn Olympia nach Berlin kommt, dann wollen wir nicht bespielt werden, sondern mitspielen: mit unserer Kreativität, mit unserer Vielfalt, mit unseren Fragen.“

Nachhaltigkeit ist auch für die Kulturszene von größter Bedeutung: „Wir wollen die Spiele, wenn wir nutzen, was schon da ist und dabei die ganze Stadt mit einbeziehen: Olympiastadion, Fernsehturm, Tempelhofer Feld, Industrieanlagen von Schöneweide... denn Großbaustellen haben wir schon genug.“ **BS □**

Treptow-Köpenick:

Björn Böhning stellt Senatsprojekte vor

Auf Einladung der SPD Treptow-Köpenick stellt Björn Böhning, Chef der Berliner Senatskanzlei, am 2. März die Ergebnisse der Arbeitsklausur des Berliner Senats vom 8. Januar vor.

Unter dem Motto „Ein starkes Berlin gestalten“ hatte der Senat u.a. Beschlüsse zur Wohnungspolitik, für mehr Investitionen, zur Bildungspolitik und der Bürgerbeteiligung im Rahmen der Olympiabewerbung gefasst.

➡ Montag, dem 2. März 2015, 19:00 Uhr, im großen Saal des Nachbarschaftshauses „Villa offensiv“ (Erdgeschoss), Haselwerderstraße 38 in Niederschöneweide.

Reinickendorf:

Welche Sicherheit braucht unsere Freiheit?

Der Reinickendorfer SPD-Abgeordnete Thorsten Karge lädt am 24. Februar zu einer Diskussionsrunde zur Arbeit des Berliner Verfassungsschutzes: „Welche Sicherheit braucht unsere Freiheit?“

Die Anschläge der vergangenen Wochen werfen erneut die Frage auf, wie der Rechtsstaat seine Bürger vor Terrorismus und ähnlichen Bedrohungen schützen kann. In der Debatte mit dem Leiter des Berliner Verfassungsschutzes, Bernd Palenda, wird es um die Frage gehen, wie der Verfassungsschutz organisiert sein muss und wie weit Nachrichtendienste gehen dürfen, ohne die Freiheit der Menschen einzuschränken.

➡ Dienstag, 24. Februar 2015, 19.00 Uhr, Restaurant Maestral, Eichborndamm 236, 13437 Berlin (gegenüber dem Rathaus Reinickendorf)

Mitte:

Investitionsoffensive für Europa?

Auf Einladung des SPD-Abgeordneten Frank Zimmermann tagt der Ausschuss Europa am Dienstag, 24. Februar im Abgeordnetenhaus.

Eine „Investitionsoffensive für Europa“ hat die neue EU-Kommission unter Jean-Claude Juncker versprochen. Mindestens 315 Mrd. Euro an zusätzlichen öffentlichen und privaten Investitionen sollen mobilisiert werden. Prof. Dr. Björn Hacker von der Hochschule für Technik und Wirtschaft stellt die Pläne vor.

➡ 24.2., 19 Uhr, Abgeordnetenhaus, Niedereckirchnerstraße 3, 10117 Berlin, Raum 377

Charlottenburg:

Debatte zur Sterbehilfe

Der Bundestagsabgeordnete Swen Schulz lädt zum 24.02.2015 ab 19.30 Uhr ins Rathaus Charlottenburg (Bürgersaal, 3. OG) zu einer Diskussion über ethische und rechtliche Fragen bei der gesetzlichen Neuregelung der Sterbehilfe ein. Prominenter Gast ist die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Eva Högl.

„In Deutschland ist die aktive Sterbehilfe als ‚Tötung auf Verlangen‘ strafbar, die Beihilfe zum Suizid hingegen straflos. Der Deutsche Bundestag hat sich vorgenommen, in dieser Wahlperiode die Sterbehilfe rechtlich zu regeln. Zurzeit liegen fünf verschiedene Positionspapiere vor, aus denen nun konkrete Gesetzesentwürfe entwickelt werden. Deshalb möchten wir alle Interessierten einladen, gemeinsam mit uns dieses vielschichtige Thema zu diskutieren“, so Swen Schulz. **BS □**

➔ Hilfe im Sterben - Hilfe zum Sterben, Diskussion zur Sterbehilfe, Rathaus Charlottenburg, Bürgersaal (3.OG), Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin. Um Anmeldung wird gebeten unter Tel.: 227 70 187.

Spandau:

Spenden als Zeichen der Solidarität

Als Zeichen der Solidarität mit Menschen auf der Flucht hat der SPD-Abgeordnete Daniel Buchholz eine Spenden- und Hilfsaktion für die beiden Flüchtlingsunterkünfte in seinem Spandauer Wahlkreis gestartet.

In den nächsten Wochen werden sowohl Sachspenden als auch „Zeitspenden“ in seinem Bürgerbüro gesammelt. Buchholz: „Die Bewohner der Erstaufnahmeeinrichtungen in der Motardstraße und am Rohrdamm sind Menschen, die aus den unterschiedlichsten Teilen der Welt kommen, die meisten aus dem Kriegsgebiet in Syrien. Viele Erwachsene und gerade Kinder sind traumatisiert von den Kriegserlebnissen und freuen sich über jede Geste des Willkommens in einem für sie zunächst fremden Land. In der Siemensstadt sind mehrere Institutionen aktiv, es bildet sich erfreulicherweise bereits ein Willkommens-Bündnis.“ Sachspenden können im Bürgerbüro abgegeben werden. Insbesondere Spielzeug, Musikinstrumente, Schulbedarf, Teller und große Tassen, Computer, Flachbild-Monitore, Werkzeug, Handtücher, Sport- und Fitnessgeräte, Bettbezüge, Laken und Fahrräder werden benötigt. **BS □**

➔ Bürgerbüro Daniel Buchholz, Quellweg 10, 13629 Berlin, Öffnungszeiten: Dienstag 11-14 u 15-19 Uhr, Freitag 10-13 u 14-17 Uhr, Tel. (030) 9235 9280

Integration:

„Kein Untergang“

Diskussion über Flucht und Zuwanderung

„Abendland vor dem Untergang?“ lautete die Fragestellung. Und der Abend war wohl eher ein Auftakt als die Beantwortung aller offenen Fragen.

Über 100 Gäste waren am Montag der Einladung der AG Migration und Vielfalt gefolgt. Neben der Landes-AG waren die Bezirk-AGs Charlottenburg-Wilmersdorf, Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln Mitveranstalter.

Eine gute Stunde lang diskutierten die Gäste unter der Moderation von Serap Altinisk von der European Women's Lobby über Mythen und Realitäten in Bezug auf die deutsche und europäische Flüchtlingspolitik und das muslimische Leben in Deutschland.

Selmin Çaliskan, Generalsekretärin von Amnesty International Deutschland, beleuchtete die Flüchtlingspolitik aus der Perspektive einer Menschenrechtsorganisation. Sie beschrieb ihre Eindrücke von Besuchen in Südeuropa und die Arbeit, die vor Ort geleistet wird. Gerade mit Blick auf die Aufnahmeleistung der Länder in den Krisenregionen sei in Deutschland deutlich mehr Offenheit für Flüchtlinge nötig. Würde Deutschland anteilig genauso viele Menschen aufnehmen wie der Libanon, gäbe es in Deutschland 20 Millionen Flüchtlinge. Amnesty fordere deutliche höhere Kontingente für Resettlement-Programme und ein Stopp weiterer Verschärfungen im Flüchtlingsrecht, wie beim aktuell diskutierten Gesetzentwurf zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung.

Dr. Naika Foroutan, stellvertretende Direktorin des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung, stellte die Ambivalenz in der deutschen Gesellschaft heraus. Die Menschen in Deutschland hätten anscheinend begriffen, dass man ein Einwanderungsland sei und dass das prinzipiell gut sei, sie hadernten jedoch trotzdem mit den Resultaten. Dies ließe sich u.a. auch daran ablesen, dass einzelne Gruppen wie Flüchtlinge, Roma und Muslime eine starke Ablehnung erfahren würden. Sie forderte eine engagiertere Debatte über das Selbstverständnis als Deutsche zum Beispiel im Rahmen einer Expertenkommission hierzu.

Auf beide Aspekte ging Ralf Stegner, stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD und Fraktions- und Landesvorsitzender in der SPD Schleswig-Holstein, aus der Perspektive der SPD ein. Auch er stimmte der Forderung zu, dass Deutschland und Europa beim Schutz von Flüchtlingen deutlich mehr Verantwortung übernehmen



Podiumsdiskussion der AG Migration und Vielfalt.
Foto: AG M&V

könnte. In Bezug auf Aufmärsche wie Pegida zeigte Stegner, dass eine deutliche Haltung von besonderer Bedeutung ist. Insbesondere aus sozialdemokratischer Perspektive, die seit ihrer Gründung gegen Ungleichheitsvorstellungen kämpfte. „Meinungsfreiheit ja, Naivität nein und entschlossener Widerstand gegen die Dummheit und den menschenverachtenden Populismus von rechts, das bleibt weiterhin notwendig“, schrieb Stegner schon vor ein paar Wochen.

Festgehalten werden konnte von den Gästen, dass viele Diskussionen sich um abstrakte Ängste drehen würden, die kaum mit Daten und Fakten zu belegen seien. Aziz Bozkurt, der Landesvorsitzende der AG Migration und Vielfalt folgerte: „Weder steht Sachsen kurz vor einer Islamisierung, noch leistet Deutschland mehr beim Flüchtlingschutz als möglich wäre. Die Diskussionen um unsere Einwanderungsgesellschaft fokussieren sich vielleicht auch einfach zu sehr auf das falsche Ende der Migrationsbewegungen. Nicht die Einwanderer und ihre Nachkommen sind das „Problem“, sondern das Selbstverständnis in und von diesem Land. Deswegen setzen Diskussionen um Verschärfungen beim Asylrecht oder Verhinderung von Einwanderung von Muslimen am völlig falschen Ende an.“ **BS □**

Band für Mut und Verständigung

Zum 22. Mal wird das „Band für Mut und Verständigung“ an Menschen aus Berlin und Brandenburg verliehen, die Mitbürgerinnen und Mitbürger vor rassistischer Gewalt beschützt oder durch ihre langjährige ehrenamtliche Arbeit zur Verständigung beigetragen haben. Vorschläge können bis zum 1. März 2015 unter mutundverstaendigung@Berlin-Brandenburg.DGB.de gemacht werden. **BS □**

AG Bezirksfinanzen:

Das Finanzierungssystem neu justieren

Neue Philosophie: Wirtschaftlichkeit und Eigenverantwortlichkeit der Bezirke

Vor rund einem Jahr hat der SPD-Landesvorstand die AG Bezirksfinanzen eingesetzt. Auftrag der Arbeitsgruppe war die Erarbeitung von Reformvorschlägen zu finanz- und haushaltspolitischen Strukturfragen des Landes Berlin. In drei Unterarbeitsgruppen wirkten zahlreiche Genossinnen und Genossen aus Bezirkspolitik, Abgeordnetenhäusern, Landesvorstand und Senat an strukturellen und strategischen Vorschlägen zur Stabilisierung des Landes- und der Bezirkshaushalte.

Der Untersuchungsauftrag der Unterarbeitsgruppe Struktur war eine Neujustierung des Finanzierungssystems der Bezirke vor dem Hintergrund von Wirtschaftlichkeit, Bürgernähe und Effizienz in größtmöglicher Eigenverantwortlichkeit. Mehr Verantwortung vor Ort im Sinne von kommunaler Selbstverwaltung und Dezentralisierung sind die Leitgedanken, welche die zukünftige Aufgabenverteilung zwischen Bezirken und Land prägen sollen.

AUCH DIE QUALITÄT DER LEISTUNG BEACHTEN

Die Arbeitsgemeinschaft Struktur sieht in der Kosten-Leistungs-Rechnung (KLR) das Potenzial, von einem reinen Sparinstrument zu einem echten Wirtschaftlichkeitsinstrument reformiert zu werden, das Anreize setzt, mit den eingesetzten öffentlichen Mitteln möglichst effizient umzugehen. Dazu muss die Leistungserbringung neben den Kosten um den Qualitätsbegriff erweitert werden. Dies erfordert die Entwicklung geeigneter Analyseinstrumente - auch durch externen Sachverstand -, die den Ansprüchen einer Qualitätsmessung gerecht werden. Auch Mengenänderungen oder Begrenzungen von Bedarfen der Bezirke und des Landes müssen durch optimierte Instrumente erreicht werden. Ziel einer überarbeiteten transparenteren KLR sollen positive Anreize für gutes Wirtschaften der einzelnen Bezirke sein. Wer seine Leistungen wirtschaftlich erbringt oder Schwerpunkte setzen will, sollte keiner „Abwärtsspirale“ ausgesetzt sein.

Die Weiterentwicklung der Systematik der Finanzzuweisungen verlangt ferner nach der Herstellung einer nachvollziehbaren Verbindung zwischen dem Bezirksplafond (Globalsumme) und dem Produktsammenbudget. Die Globalsumme war bisher eine fast rein politisch gesetzte Summe, die den Bezirken als Haushaltsvolumen zur Verfügung gestellt worden ist. Erst bei der anschließenden Verteilung un-



Sie berichten aus der Unterarbeitsgruppe Struktur: Frédéric Verrycken, Abgeordneter aus Charlottenburg und Helmut Kleebank, Bezirksbürgermeister von Spandau. Fotos: SPD Berlin

ter den Bezirken spielte die Leistungserbringung in den Bezirken eine Rolle. Das Ergebnis ist eine chronische Unterfinanzierung der Bezirke.

BERLINS WACHSTUM STÄRKER BERÜCKSICHTIGEN

Das rasante Wachstum Berlins und die damit einhergehenden Veränderungen müssen sich zukünftig bereits bei der Aufstellung der Globalsumme niederschlagen. Andernfalls würde sich die Unterfinanzierung der Bezirke drastisch verschärfen und sich der Service für die Bürgerinnen und Bürger erheblich verschlechtern.

Dabei sind beim Einsatz der Standards zu erreichenden Ziele vorab klar zu definieren und die Ergebnisse dauerhaft und regelmäßig zu evaluieren. Auch die Verankerung der Prüfung qualitativer Standards ist eine empfohlene Maßnahme für die Optimierung der Planfondbildung.

Die gestiegenen bezirklichen Transferaufgaben, etwa bei den Hilfen zur Erziehung, belasten die Bezirkshaushalte und damit den Landeshaushalt erheblich. In den letzten Jahren haben die ersten Bezirke zusammen mit der Senatsverwaltung für Finanzen und der Fachverwaltungen die Transferkostensteuerung und damit das Controlling (z.B. durch ein optimiertes Fallmanagement) weiter entwickeln können.

ZIELVEREINBARUNGEN ABSCHLIESSEN

Die Unterarbeitsgruppe Struktur empfiehlt daher, diesen Prozess durch den Abschluss von Zielvereinbarungen bei Bereichen wie der „Hilfe zur Erziehung“, der „Hilfe zur Pflege“ zu verstetigen, so dass perspektivisch alle Bezirke mit der Senatsver-

waltung für Finanzen und Fachsenatsverwaltung entsprechende Zielvereinbarungen abschließen.

BESSERE ZUSAMMENARBEIT DER BEHÖRDEN

Des Weiteren sieht die AG Optimierungsmöglichkeiten bei den sogenannten Shared-Service-Modellen. Damit ist die arbeitsteilige oder kooperative Aufgabenerledigung über die Grenzen einzelner Behörden hinweg gemeint. Shared-Service-Modelle sollten einen stärkeren Beitrag dazu leisten, die qualitativ und wirtschaftlich sinnvollste Leistungserbringung zu ermöglichen. Dabei müssen sie ihre Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit genauso nachweisen wie andere Formen der Leistungserbringung. Initiativen der Bezirke in diesem Bereich sollten haushälterisch gefördert werden. Die Entscheidung über eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Bezirken, sowie den Bezirken und dem Land, muss dabei bei den für die Leistungserbringung zuständigen Stellen liegen - den Bezirksämtern.

ANDERER UMGANG MIT IMMOBILIEN

Weiterhin bedarf es einer grundlegenden Veränderung der Finanzierungssystematik zum Erhalt und zur Verbesserung der Substanz des Immobilienbestandes. Es gilt, sinnvolle Anreize zur Standortverdichtung und zur bezirksübergreifenden Immobilienbewirtschaftung zu schaffen. Daneben soll der Ausbau von Investitionsprogrammen vorangetrieben werden. Wesentlich ist zudem ein Ausgleich der vorübergehenden Leerstandskosten von Schulgebäuden bei prognostizierter steigender Schülerzahl durch das Land - unter der Voraussetzung einer vorliegenden aktuellen bezirklichen Schulentwicklungsplanung, die leider nicht in allen Bezirken existiert.

Die Empfehlungen der UAG Struktur sollen einen Beitrag für die Ausrichtung eines Finanzierungssystems mit dem Fokus auf Transparenz, frühzeitiger Einbindung der Bezirke und Flexibilität bei den Herausforderungen einer wachsenden und sich verändernden Metropole, anhand verlässlicher Daten sein. Denn nur eine aufgabenkritische Reform kann angesichts der immer noch drückenden Schuldenlast die öffentlichen Leistungen auf Landes- und Bezirksebene dauerhaft in der erforderlichen Quantität und Qualität gewährleisten.

Frédéric Verrycken/Helmut Kleebank □

Fachkonferenz:

Die Aufgabe heißt Demokratieförderung

Berliner SPD diskutiert Strategien gegen rechts

Wie bekämpfen wir Phänomene Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Berlin? Wie kann Institutionelle Diskriminierung effektiver vermieden werden? Wie gelingt es, Demokratie für alle Menschen erfahrbar zu machen? Diese und weitere Fragen diskutierte am 10. Februar der Fachausschuss Strategien gegen rechts der Berliner SPD mit zahlreichen Expertinnen und Experten.

Für die Berliner SPD sei das Thema Kampf gegen rechts eine Herzensangelegenheit, stellte der Landesvorsitzende Jan Stöß zu Beginn heraus. Susanne Kitschun, MdA, die als Vorsitzende des neu gegründeten Fachausschusses Strategien gegen rechts die Tagung initiierte, bekräftigte, dass die Bemühungen gegen Menschenfeindlichkeit und für die Stärkung von Demokratie und Beteiligung angesichts aktueller Entwicklungen keinesfalls nachlassen dürfen.

Trotz guter Erfolge der letzten Jahre: Institutionelle Diskriminierung im Verwaltungshandeln ist nach wie vor ein Problem. Diskriminierung erfolge überwiegend durch Institutionen und dort durch Menschen, betonte Staatssekretärin Barbara Loth. Wichtigster Ansatzpunkt in der



Fachkonferenz „Strategien gegen rechts“ mit der Fachausschuss-Vorsitzenden Susanne Kitschun und dem Landesvorsitzenden Jan Stöß im Jugendzentrum „Schloss“. Foto: FA SGR

Bekämpfung ist und bleibt daher die Fortentwicklung von Aus- und Weiterbildung von (Führungs-)Personal, mit Fokus darauf, wie viel Raum Diversity-Kompetenzen in der Aus- und Weiterbildung eingeräumt wird sowie deren Relevanz für Abschlussprüfungen.

Eine Schlüsselrolle bei der Arbeit gegen Ausgrenzung und Diskriminierung spielt die Demokratieförderung. Demokratiedistanz und das Gefühl, von der Gesell-

schaft abgehängt worden zu sein, bieten Überfremdungsängsten und anderen Phänomenen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einen Nährboden.

Darum gilt: Politik muss die Grundlagen dafür schaffen, dass Demokratie und Pluralität in jeder Lebensphase erfahrbar werden und Mitbestimmung auch gelebt wird: In der Kita durch Beteiligungsangebote, in der Schule durch Klassenräte und mehr Zeit für Politikunterricht. Auch die Elternschaft gilt es mit einzubeziehen. Nach dem Motto „Schult die Großen, nicht die Kleinen“ ist die wichtigste Voraussetzung für gelingende Demokratieförderung die entsprechende Schulung und kontinuierliche Weiterbildung von Kita-Personal sowie Lehrerinnen und Lehrern. Hilfestellungen in der praktischen Arbeit leisten außerdem die zahlreichen Demokratie-Projekte, deren Angebote verstetigt und bekannter gemacht werden müssen.

Als mitgliederstärkste Partei Deutschlands nimmt sich die SPD auch selbst(-bewusst) unter die Lupe. Da wir vom Ideal einer diskriminierungsfreien Gesellschaft noch weit entfernt sind, kann auch die SPD noch besser werden, in dem z.B. die innerparteiliche Bildung gestärkt wird.

Susanne Wein □

Arbeitskreise:

Religiöser und weltanschaulicher Pluralismus

Initiative strebt neues Forum für „HumanistInnen und Konfessionsfreie“ in der SPD an

Nachdem die Gründung des Arbeitskreises Muslime in der SPD im Februar 2014 im Willy-Brandt-Haus erfolgte, will nun auch eine Initiative von Genossinnen und Genossen mit weltlich-humanistischem, alevitischem und ohne Bekenntnis die Anerkennung durch den Bundesparteivorstand erreichen.

In dem im vergangenen November veröffentlichten Aufruf heißt es, die „SPD ist eine weltanschaulich pluralistische Partei“ und dieser Tatsache sei „mit der Anerkennung bzw. Gründung von religiös orientierten Arbeitskreisen Rechnung getragen“ worden. Die Initiatoren erklärten weiter, es sei nun an der Zeit, „die pluralistische Verfasstheit der Sozialdemokratie auch durch einen Arbeitskreis für HumanistInnen und Konfessionsfreie deutlich zu machen“.

Der Aufruf wird von mehr als 100 Genossinnen und Genossen unterstützt, darunter der Bundestagesabgeordnete Swen Schulz (Spandau/Charlottenburg-Nord) sowie Björn Eggert, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, der Juso-Landesvor-

sitzende Kevin Kühnert und Siegfried Heilmann, Vorsitzender der Historischen Kommission der SPD Berlin. Zu den Unterstützern gehören auch Landtagsabgeordnete aus anderen Bundesländern und mehrere Hochschullehrer sowie Vertreter der AG Migration und Vielfalt.

Weiter heißt es im Aufruf, der künftige Arbeitskreis solle eine „Plattform für diejenigen bieten, die ihr sozialdemokratisches Engagement aus einem säkularen humanistischen Weltverständnis heraus begründen und dies mit Gleichgesinnten in der SPD diskutieren wollen“ und durch „öffentliche Veranstaltungen sozialdemokratische Programmatik aus säkularer Perspektive reflektieren und anreichern“. Die Initiative hat den SPD-Bundesvorstand aufgerufen, die Gründung des Arbeitskreises ebenso wie die drei bestehenden Arbeitskreise christlicher, jüdischer und muslimischer Genossen zu unterstützen und anzuerkennen. Dass die neue Initiative eine andere Zielsetzung hat als die bereits 2011 vom Bundesvorstand einstimmig abgelehnte

Laizisten-Gruppe, wird unter anderem an der Beteiligung von Vertretern des Humanistischen Verbandes sowie der Alevitischen Gemeinde deutlich. Ali Dogan, stellvertretender Bundesvorsitzender der AG Migration und Vielfalt in der SPD, sagte dazu, es sei wichtig, „eine deutlich sichtbare Anerkennung des religiösen und weltanschaulichen Pluralismus innerhalb der organisierten Sozialdemokratie selbst herzustellen“.

Die Notwendigkeit des neuen Forums unterstrich auch der Präsident des Humanistischen Verbandes in Berlin, Bruno Osuch. „Eine wachsende Zahl konfessionsfreier Menschen und großer religiös-weltanschaulicher Pluralismus prägen heute die Gesellschaft. Dem muss sich die SPD als älteste deutsche Volkspartei ganz besonders stellen. Ein wichtiger Schritt ist dabei die volle Gleichstellung aller Genossinnen und Genossen innerhalb unserer Partei.“

Arik Platzeck □

➡ Die Initiative im Netz: www.ak-konfessionsfrei.de

Mentoring-Programm:

„Raus mit der Sprache“

Rhetorik-Workshop der ASF

Richtig reden will gelernt sein, gerade im Parteiltag wird das immer wieder deutlich. 17 Sozialdemokratinnen kamen Ende Januar im Kurt-Schumacher-Haus zu einem Seminar unter dem Titel „Rhetorik für Fortgeschrittene“ zusammen. Eingeladen hatte die ASF im Rahmen des Mentoring-Programms, die Dozentinnen waren Alexandra Kramm und Kerstin Engelhardt.

Der Tag begann mit einem Rückblick. In dem ersten Seminar dieser Reihe hatten die Teilnehmerinnen Grundlagen für das Verfassen einer Rede kennengelernt. Unter Stichworten, wie „Körpersprache“, „Stimme“ und „Tempo“ wurde das Gelernte aufgefrischt.

Dann wurde es schon ernst: Jede Teilnehmerin würde am Ende des Tages eine Rede halten, die nun geschrieben werden sollte. Das Thema konnte frei gewählt werden. Die Frauen sammelten Argumente, bastelten an rhetorischen Mitteln und beschrieben fleißig ihre Karteikarten.

Im Anschluss daran gab es zwei fachliche Einheiten: Kerstin Engelhardt hatte Reden zweier Sozialdemokratinnen herausgesucht, Hannelore Kraft und Manuela Schwesig. Auftreten, Wortwahl, Tonlage, Körpersprache: Alles wurde genau unter die Lupe genommen und analysiert. In der zweiten fachlichen Einheit ging es um all das, was nicht gewollt ist, nämlich um



Rhetorik-Seminar speziell für Frauen. Foto: ASF

Störungen während der Rede. Technische Schwierigkeiten, Zwischenrufe, laute Hintergrundgeräusche oder eigene Versprecher – nur einige Beispiele. Alexandra Kramm diskutierte mit den Teilnehmerinnen Lösungen und Wege, die Situationen gekonnt zu meistern.

Am Nachmittag hieß es schließlich: „Selbst das Wort ergreifen“: Die Frauen hielten die Reden, die sie am Vormittag selbst geschrieben hatten, einige an einem Pulst, andere mit Mikrophon. Die Gruppe nahm jede einzelne Rede unter die Lupe, sodass jede Rednerin ein umfassendes und konstruktives Feedback erhielt.

Fest stand am Ende des Tages: Die Teilnehmerinnen hatten vieles gelernt. Nun heißt es: Melden, auf die Redeliste, hinter das Redepult und raus mit der Sprache. Wir wissen, wie es geht. **Shirine Issa** □

FRAKTION INTERN

Stadtteiltage der Abgeordneten. Die SPD-Abgeordnete Bruni Wildenhein-Lauterbach lädt am 5. und 6. März zum Weddinger Stadtteiltag ein. Am 20. Februar hat der Stadtteiltag Prenzlauer Berg-Nord und Weißensee-Süd mit der Abgeordneten Clara West stattgefunden. Schwerpunktthema waren Gewerbe und Einzelhandel rund um die Greifswalder Straße und eine bessere Vernetzung aller Betroffenen. Weitere Informationen: <http://www.spdfraktion-berlin.de/stadtteiltage>

Bürgerbüros in den Kiezen. Die Abgeordneten der SPD-Fraktion bieten regelmäßig Sprechstunden in ihren Bürgerbüros an. Eine Übersicht über alle Bürgerbüros ist hier zu finden: <http://www.spdfraktion-berlin.de/tags/buergerbueros>.

Fraktion vor Ort - Thema Olympia. Der sportpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dennis Buchner sowie die Vorsitzende des Sportausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses und SPD-Abgeordnete Karin Halsch haben am 17. Februar zum Informations- und Diskussionsabend „Olympische und Paralympische Spiele in Berlin - Was hat der Sport in Pankow und Lichtenberg davon“ eingeladen. An der Veranstaltung im Hotel Kolumbus in Lichtenberg nahmen der Verwaltungsleiter des Sportforums Hohenschönhausen, Oleg Krüger, sowie weitere Akteure aus Vereinen, Verbänden und Sportpolitik teil.

Frauentag. Zum Frauentag am 8. März setzt die SPD-Fraktion ihre Postkartenserie fort. In diesem Jahr lautet der Slogan: „Warum Frauen Raumschiffe und Kinderwagen steuern können... Warum nicht?“ Ansprechpartnerin ist die frauenpolitische Sprecherin der Fraktion, Dr. Ina Czyborra.

Untersuchungsausschuss BER. Der Untersuchungsausschuss BER hat den ehemals in das Flughafenprojekt eingebundenen Sachverständigen Dr. Michael Fretter als Zeugen gehört. Der Sprecher der SPD-Fraktion im Ausschuss, Ole Kreins sagt: „Erneut wurde deutlich, wie viel Energie die ehemalige Geschäftsführung der Flughafengesellschaft investiert hat, um mögliche Risiken das Bauprojekt betreffend nicht nach außen dringen zu lassen. Der Zeuge berichtete, dass nicht einmal in den Geschäftsführersitzungen offen über die anstehenden Probleme gesprochen wurde, da der technische Geschäftsführer bemüht war, solche Kritik bereits in Vorbereitungen mit einzelnen Projektbeteiligten zu relativieren. Angesichts dieses Verhaltens der Geschäftsführung war es für den Aufsichtsrat kaum möglich, sich ein realistisches Bild vom Stand des Projektes zu machen.“ **cs** □

Jusos:

Mit Theorie und Praxis

Katharina Kaluza organisiert die Arbeit der Berliner Jusos

2009 kam Katharina Kaluza zum Studium der Politikwissenschaften aus Niedersachsen an die FU Berlin. Neben der Theorie war ihr politische Praxis wichtig. Die hat sie seither reichlich gesammelt, vor allem in der Hochschulpolitik.

Für die Juso-Hochschulgruppen wurde sie u.a. ins Studierendenparlament gewählt, zwei Jahre engagierte sie sich im Akademischen Senat, zweieinhalb Jahre gehörte sie dem Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen an. Politische Themen gab es viele: die Öffnung der Hochschulen, ein besserer Zugang zum Masterstudium, die Verbesserung der Lehre seien wichtige Anliegen, sagt sie.

Seit Dezember vergangenen Jahres ist die 24jährige neue Landessekretärin der Berliner Jusos. Die erste Aufgabe war die Begleitung des Juso-Bundeskongresses. Die Berliner Jusos sieht sie gut aufgestellt. Ein



aktueller Schwerpunkt sei die Stadtpolitik, die Frage, „in welcher Stadt wollen wir leben“. Es geht um bezahlbaren Wohnraum, um Mobilität. Die Ideen von jungen Menschen sollen auch bei der Erarbeitung des Wahlprogramms einfließen, so Katharina Kaluza. Die Berliner Jusos seien gut vernetzt, auch international. So werde ein internationaler Austausch mit dem Willy-Brandt-Zentrum in Jerusalem vorbereitet. Daneben bleibe die Gleichstellung ein wichtiges Thema: Auch bei den Jusos sind nur ein Drittel der Aktiven Frauen. Das sei durchaus ausbaufähig, sagt Katharina Kaluza. **uh** □

Gesundheit:

Neue Verbesserungen für Patienten

Mechthild Rawert: Für gute Gesundheitsförderung, Prävention und Versorgung

Die Arbeit in der Gesundheits- und Pflegepolitik geht voran. Bei der Umsetzung des Koalitionsvertrages setzen wir uns konsequent für sozialdemokratische Ziele ein. So haben wir im verabschiedeten Pflegestärkungsgesetz 1 die Tariflöhne für Pflegekräfte gestärkt. Gleiche Zugangschancen für alle zu medizinischer Versorgung, unabhängig von sozialer Zugehörigkeit oder vom Wohnort (in Ballungsräumen, in ländlichen Regionen oder sozialen Brennpunkten) sind wichtige Ziele der SPD.

Im Dezember 2014 hat das Kabinett den Entwurf zum Präventionsgesetz und den Entwurf zum GKV-Versorgungsstärkungsgesetz (GKV-VSG) beschlossen. Beide Gesetze werden noch vor der Sommerpause vom Bundestag verabschiedet. Beide Gesetzesvorhaben sind sehr groß und bewirken enorme gesellschaftliche Diskussionen.

Die vielen neuen Regelungen im GKV-VSG haben zum Ziel, eine gut erreichbare, bedarfsgerechte und hochwertige Versorgung auch in Zukunft zu sichern und regionale Über- und Unter- und Fehlversorgung abzubauen.

Zu den neuen Regelungen zählt, dass Kassenärztliche Vereinigungen vor Ort leichter die Möglichkeit haben sollen, Strukturfonds einzurichten, mit denen Niederlassungen gefördert werden können. Oder, dass Praxen in überversorgten Gebie-



Mechthild Rawert, Bundestagsabgeordnete aus Tempelhof-Schöneberg, ist Gesundheitsexpertin der Bundestagsfraktion. Foto: privat

ten nur nachbesetzt werden, wenn es für die Versorgung sinnvoll ist. Wir werden die Wartezeiten für Arzttermine verkürzen und wir verankern im Gesetz den Anspruch auf eine ärztliche Zweitmeinung vor bestimmten Eingriffen. Zur Förderung der Versorgungsforschung werden wir einen Innovationsfonds mit 300 Mio. Euro jährlich einrichten.

Prävention und Gesundheitsförderung spielen in unserer Gesellschaft des längeren Lebens mit längeren Lebensarbeitszeiten und längeren Rentenjahren eine entscheidende Rolle. Prävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es geht um mehr gesunde Lebensjahre, mehr Lebens-

qualität im Alter, aber auch um den Abbau sozialer Ungleichheiten und weniger Arbeitsunfähigkeitszeiten.

Die SPD setzt sich nunmehr seit mehreren Legislaturperioden für ein Präventionsgesetz ein. Den vom Bundesministerium vorgelegten Entwurf zu einem Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention wird die SPD im Grundsatz unterstützen, auch wenn er nicht so weit reicht, wie wir es uns vorstellen. Seine Inhalte gehen in die richtige Richtung und wir werden darauf aufbauen können. Wir wollen z. B. mehr Verbindlichkeit im Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen und aller Sozialversicherungsträger. Der vorliegende Entwurf hingegen zielt eher auf Freiwilligkeit ab. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen den Sozialversicherungsträgern und der Bundesagentur für Arbeit weiterentwickeln und die Privaten Krankenversicherungen einbinden. Und wir wollen den Lebensweltenansatz (Settingansatz) stärken. Settings sind z. B. Stadtteile in Kommunen, Kindergärten, Schulen, Wohnheime, Pflegeeinrichtungen oder Betriebe. Sozial Benachteiligte sind über diesen Ansatz besonders gut zu erreichen. **Mechthild Rawert** □

Schulz: Keine Billig-Jobs bei der Post

Der Berliner Bundestagsabgeordnete Swen Schulz (SPD) hat die Bundesregierung aufgefordert, sich in die Entscheidung über Billigjobs bei der Post einzumischen.

Nachdem Pläne des Vorstandes öffentlich wurden, in Tochtergesellschaften Paketboten zu deutlich schlechteren Bedingungen als für die Stammbesatzung üblich zu beschäftigen, hatte Schulz die Bundesregierung gefragt, ob sie das Thema im Aufsichtsrat der Deutschen Post AG ansprechen und wie sie sich dazu verhalten wird. „Die Antwort des Bundesfinanzministeriums ist nicht befriedigend“, so Schulz. „Die Zuständigkeit für das operative Geschäft liege ausschließlich beim Vorstand. Die Bundesregierung darf es sich aber nicht so einfach machen. Der Bund muss sich als Anteilseigner vielmehr einmischen und dem Vorstand seine Haltung zu dieser wichtigen Entscheidung verdeutlichen. Und das kann nur eines heißen: Eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen darf es nicht geben. Es gibt gute Gründe dafür, dass der Haustarifvertrag für alle Postbeschäftigten beibehalten wird.“ **PM** □

Eva Högl: Zuwanderung regeln

Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende und Berliner Bundestagsabgeordnete Eva Högl hat sich für ein Einwanderungsgesetz ausgesprochen. „Neue, bessere Regeln zur Einwanderung bieten die Chance für eine Bestandsaufnahme der vielen verschiedenen Zuwanderungsregelungen, die wir haben“, erklärte sie. „Eine gezielte Einwanderung könnte dem Fachkräftemangel hierzulande entgegenwirken. Wir müssen unsere Einwanderungsregeln klarer und übersichtlicher gestalten, um Deutschland für qualifizierte Einwanderer attraktiv machen.“

Zuwanderung sei angesichts des demographischen Wandels notwendig. „Für unsere alternde und schrumpfende Gesellschaft ist Zuwanderung und Weltoffenheit im besten nationalen Interesse. Daher müssen wir noch mehr darum werben, dass aus aller Welt Menschen nach

Deutschland kommen, um hier zu arbeiten“, so Eva Högl.

Eine Mehrheit der Bevölkerung teile die Ansicht, dass mehr Zuwanderung notwendig sei, erklärte die Bundestagsabgeordnete. „Wir brauchen ein Einwanderungsrecht, das die bestehenden Einwanderungsmöglichkeiten bündelt und bewirbt, damit auch viele Menschen diese Möglichkeiten nutzen, und das zudem noch breitere legale Möglichkeiten der Einwanderung schafft. Das könnte den Druck vom Asylsystem nehmen und helfen, Ängste und Vorurteile in der Bevölkerung abzubauen. Darüber hinaus müssen wir unsere Anstrengungen bei der Integration noch weiter verstärken. Insbesondere ein frühzeitiger Zugang zu Integrationskursen und zum Spracherwerb hilft den hier ankommenden Menschen, sich schneller in unserer Gesellschaft zurecht zu finden.“

PM □

Familien aus allen Schichten unterstützen

Verbesserungen für Geringverdiener, Alleinerziehende und bei der Ganztagsbetreuung

Anfang 2015 wurde der Existenzminimumbericht veröffentlicht. Demnach muss der steuerliche Kinderfreibetrag, von dem Besserverdienende profitieren, angehoben werden. Dabei wird in der Regel auch das Kindergeld angepasst, damit Familien mit kleinem und mittlerem Einkommen nicht abgehängt werden.

Die Bundesregierung hat Ende Januar den neuesten Existenzminimumbericht vorgelegt. In dem alle zwei Jahre erscheinenden Bericht wird das Existenzminimum für Erwachsene und Kinder festgelegt, das nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts von der Steuer freizustellen ist. Für Kinder muss der steuerliche Freibetrag 2015 um 144 Euro und 2016 um 96 Euro angehoben werden. Insgesamt ergibt sich daraus eine Erhöhung des Kinderfreibetrags um 240 Euro auf 4.608 Euro (Existenzminimum für Kinder) im Jahr 2016.

Das Problem an einer Erhöhung des steuerlichen Kinderfreibetrags ist, dass vor allem besserverdienende Eltern davon profitieren: Erst ab einem Einkommen von rund 64.000 Euro (brutto) pro Jahr profitieren Elternpaare von der Erhöhung des Kinderfreibetrags. Eine gleichzeitige Erhöhung des Kindergeldes ist rechtlich nicht zwingend. Aber der Bundestag hat schon 1995 festgelegt: Wenn der Kinderfreibetrag steigt, muss auch das Kindergeld entspre-



Fritz Felgentreu, Neuköllner Bundestagsabgeordneter, auf der familienpolitischen Konferenz der Berliner SPD 2013. Foto: Horb

chend steigen. Welche Kindergelderhöhung sich aus der Anhebung des Freibetrags ergibt, muss die Bundesregierung vorrechnen - ein Betrag um acht Euro ist wahrscheinlich.

Es muss der Anspruch einer sozialdemokratischen Familienpolitik sein, nicht nur Familien der Ober- und Mittelschicht zu fördern, sondern auch die Familien mit einem geringen Einkommen. Deshalb spricht sich die SPD-Fraktion für ein Gesamtpaket aus, das Familien aus allen Schichten der Gesellschaft zu Gute kommen soll: Neben die Erhöhung des Kinderfreibetrags und des Kindergelds soll ein verbesserter Kinderzuschlag für Familien mit geringem Einkommen treten. Außerdem soll der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende angehoben werden, wie der Ko-

alitionsvertrag es vorsieht. Denn Eltern mit geringem Einkommen und viele Alleinerziehende stehen vor besonderen Herausforderungen, um den Alltag zu meistern.

Daher können Familien, die aufgrund eines zu niedrigen Einkommens Anspruch auf staatliche Zuschüsse haben („Aufstocker“), einen Kinderzuschlag (140 Euro im Monat) beantragen. Alleinerziehende können einen sogenannten „Entlastungsbeitrag“ in Höhe von 1.308 Euro steuerlich geltend machen. Alleinerziehende und Geringverdiener, die hart arbeiten, um nicht von ALG II zu leben, verdienen besondere Unterstützung.

GELD FÜR BILDUNG

Dabei bleibt aber zu bedenken, dass Deutschland schon jetzt - nach Luxemburg - in Europa das höchste Kindergeld zahlt: 184 Euro für das 1. und 2. Kind, 190 Euro für das 3. und 215 Euro für das 4. und jedes weitere Kind. Internationale Studien und die Gesamtevaluation der familienpolitischen Leistungen zeigen, dass Deutschland keinen Mangel bei den Geldleistungen für Familien hat, sondern weiterhin bei der (Ganztags-)Betreuung an Kitas und Schulen. Die „Große Koalition“ sollte daher zusätzliches Geld vor allem da einsetzen, wo es die größte Wirkung erzielt - bei der Bildung und Betreuung von Kindern.

Fritz Felgentreu □

Die Auswanderung der Mafia

Es gibt eine falsche Vorstellung über die Mafia: Journalisten, Politiker und BürgerInnen glauben, dass sie nur mit Italien zu tun hat. Das Leitmotiv ist: „Es gibt keine Mafia hier“. Ist das so? Können wir nach den Mafiamorden von Duisburg 2007 sagen, dass es die Mafia nur in Italien gibt?

Professor Nando dalla Chiesa, einer der größten Experten über das Phänomen, ist in Januar von „Mafia? Nein Danke! e.V.“ und der HU Berlin eingeladen geworden, einen kurzen Kurs über die Mafia zu leiten. Dalla Chiesa ist ein Soziologe an der Universität Mailand, der sich seit dreißig Jahren für dieses Thema engagiert. Er ist der Sohn von Alberto dalla Chiesa, ehemaliger General der Carabinieri, der berühmt für seinen Kampf gegen den Terrorismus und die Mafia in Italien ist und 1982 in Palermo von der Mafia getötet wurde. Seitdem kämpft sein Sohn mit ganzer Kraft gegen die Mafia und andere

kriminelle Organisationen, wie die 'Ndrangheta aus Kalabrien. Die Forschungsarbeit von Prof. Dalla Chiesa fasst biographische Geschichte und wissenschaftliche Erkenntnisse zusammen.

„Die 'Ndrangheta ist heute die stärkste kriminelle Gruppe in Italien“, sagt Dalla Chiesa. „Sie ist organisiert und hat einen kolonialisatorischen Plan. Sie agiert wie eine Armee. Sie unterwandert die Wirtschaften, sie marschiert mit wissenschaftlichen Methoden“, erklärt er in seinem Buch „Bucinasco. La 'Ndrangheta al Nord“.

Mafia und 'Ndrangheta, die nicht das Gleiche sind, werden von Unkenntnis und Gedächtnisverlust am Leben gehalten: Wie können wir bekämpfen, was wir nicht erkennen können?

Die 'Ndrangheta ist auch in Deutschland angekommen, wie es die Erfahrungen von Duisburg und Erfurt zeigen. „Es gibt ein Stadium der Verdrängung in den Institutionen und in der Bevölkerung, so wie es in

Lombardia in den achtziger Jahren war“, warnt er.

Die 'Ndrangheta kolonisiert die kleinen Orte, sie nutzt mit Geschick ihre bestehenden Beziehungen und sie knüpft neue. In diesem Prozess spielt das soziale Kapital eine große Rolle. Die Fähigkeit von diesen Gruppen, neue Netze zu schaffen, ist erstaunlich.

Professor Dalla Chiesa stellt auch klar, dass die 'Ndrangheta ein Ziel hat: „In einem Gespräch zwischen zwei Bossen sagte der Ältere zum Jüngeren: Vergiß das bloß nicht: Die Welt teilt sich in zwei Lager. In das, was Kalabrien ist und in das, was dazu werden wird.“

Dalla Chiesa appelliert: „Wenn wir diesen Krieg gewinnen wollen, müssen wir zuerst unsere Feinde kennen und wiedererkennen.“ „Nicht alles, was illegal ist, hat mit der Mafia zu tun“, betont er.

Deswegen ist es sehr wichtig, mehr Informationen und Kenntnisse zwischen den Antimafiabewegungen, Institutionen und Ländern auszutauschen.

F. Quadrelli □

Freihandelsabkommen:

Die Kultur braucht kein TTIP

Eckhardt Barthel über Kunst und Wirtschaft und die Sichtweisen von EU und USA

Das zwischen der EU und den USA verhandelte Abkommen zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) bleibt hochumstritten. Dramatische Auswirkungen könnte das Abkommen auch auf die Kultur haben.

Durch weitgehende Liberalisierung und Vereinheitlichung von Standards in der zu schaffenden Freihandelszone, die etwa 50% des Welthandels erwirtschaftet, versprechen die Befürworter von TTIP Wirtschaftswachstum und Wohlstand, die Schaffung von etwa 400.000 neuen Arbeitsplätzen und andere Vorteile. Als „ökonomische NATO“ bezeichnete die ehemalige amerikanische Außenministerin Hillary Clinton die geplante Partnerschaft.

TTIP-Kritiker dagegen befürchten u.a. eine Senkung der in der EU geltenden Standards im Umwelt- und Datenschutz, bei Arbeitnehmer- und Verbraucherrechten und negative Eingriffe in demokratische Prozesse und unsere Rechtsstaatlichkeit. Dem Staat werden Gestaltungsgrenzen gezogen, und es klingt in der Tat schon etwas nach Merkels „marktkonformer Demokratie“.

Was hat das Ganze nun aber mit der Kultur zu tun? Kunst und Kultur - geht es dabei nicht um das „Gute, Wahre, Schöne“ und nicht um den schnöden Mammon? Kultur ist eben nicht nur Träger kultureller Identität und „schönste Form der Freiheit“ (Michael Naumann), sondern auch ein Wirtschaftsgut, besitzt einen doppelten Charakter. Mit kulturellen Gütern und Dienstleistungen kann viel Geld verdient werden (z.B. in der Filmbranche), während andererseits viele Künstler unterhalb der Armutsgrenze leben müssen. Die Sorge in der Kunstszene ist nun, dass dieses Liberalisierungsabkommen zu einer noch stärkeren Ökonomisierung des Kultur- und Medienbereichs führen wird mit all den damit verbundenen negativen Folgen für unsere öffentliche Kulturförderung und die Vielfalt der Kulturen.

Reaktionen auf derartige Befürchtungen sind meistens Beschwichtigungen, Vorwürfe der Schwarzmalerei und Legendenbildung oder gar, als Totschlagargument, des Antiamerikanismus. Dabei geht es um einen Vertrag zweier unterschiedlicher Gesellschaftssysteme, die die Rolle des Staates in der Kulturförderung und bei der Erhaltung und Schaffung kultureller Vielfalt ganz unterschiedlich sehen.

Kulturförderung gilt in Europa grundsätzlich als unbestrittene Aufgabe auch des Staates. Um Stärkung dieser Rolle



Eckhardt Barthel ist Vorstandsmitglied des Kulturforums Stadt Berlin der Sozialdemokratie.

Foto: Horb

wird ständig gestritten, etwa in Deutschland um die Verankerung der Kultur als Staatsziel in der Verfassung, wie es beim Tierschutz bereits gelungen ist. Derartige Debatten wären in den USA gar nicht vorstellbar. Und unser sozialdemokratisches kulturpolitisches Ziel, „Kultur für alle“, bliebe ohne öffentliche Kulturförderung ein leeres Glaubensbekenntnis.

Die Unterschiede im Staatverständnis und der Kulturpolitik beider Vertragspartner und die Sorge vor Bedrohungen für die europäische Kulturlandschaft sind es, weshalb die Kulturszene TTIP ablehnt. Einige Zahlen und Beispiele:

○ Etwa 93 % (9,1 Mrd.€) der Fördermittel für Kunst und Kultur stellt in Deutschland die öffentliche Hand zur Verfügung, davon rund 44 % die Kommunen, 42 % die Länder und lediglich 13% der Bund (Kulturhoheit der Länder!). In den USA haben wir ein etwa umgekehrtes Verhältnis: 90 % der Mittel kommen von Privatpersonen, gemeinnützigen Organisationen oder Sponsoren, und nur etwa 10% aus öffentlichen Haushalten. Die USA sehen in unserer Kulturförderung schlichten Protektionismus und beschränken sich im Wesentlichen auf Steuersparmodelle.

○ 2006 hat die Europäische Union, 2007 Deutschland die UNESCO-Konvention von 2005 zum Schutz und Förderung der kulturellen Ausdrucksformen ratifiziert. Sie soll nicht nur den Status quo sichern, sondern auch zukünftige, besonders digitale Verbreitungsformen einschließen. Diese Konvention als internationale, bindende völkerrechtliche Verpflichtung kann man auch als Gegenpol zur geplanten Handels-

liberalisierung verstehen, um nationale Eigenständigkeit in der Kulturpolitik bzw. Kulturförderung zu begründen. Leider haben die USA (und sonst nur noch Israel) dieser Konvention nicht zugestimmt und sind ihr nicht beigetreten, so dass eine Übereinstimmung in diesem zentralen kulturpolitischen Grundverständnis nicht gegeben ist.

○ Differenzen bestehen auch in Bereichen wie z.B. bei Urheber- und Leistungsschutzrechten. Das europäische Urheberrecht ist nicht kompatibel mit dem amerikanischen Copyright-System. Während bei uns die Urheber, ihre Persönlichkeit und Rechte im Mittelpunkt des Schutzes stehen, sind es im US-Recht die Nutzer. Allerdings dürften derartige Schutzfragen überhaupt nicht Gegenstand der TTIP-Verhandlungen sein, hat man dafür doch die Weltorganisation für geistiges Eigentum geschaffen.

Bei TTIP geht es um den Abbau von Handels- sowie Investitionshemmnissen, um Investorenschutz, um Verhinderung von entsprechenden Diskriminierungen und marktverzerrenden Eingriffen. Zu befürchten ist, dass auf diesem Liberalisierungsaltar eine Vielzahl unserer direkten und indirekten Instrumente der öffentlichen Kulturförderung geopfert werden könnten - mit der Begründung, dass diese den Zielen des Abkommens widersprächen und amerikanische Unternehmen und Investoren diskriminierten. Der reduzierte Mehrwertsteuersatz für Kulturgüter und Kulturleistungen, die Filmförderung, die soziale Absicherung freiberuflicher Künstler/innen (KSK), die Buchpreisbindung wären Beispiele dafür. Aber vielleicht auch unser öffentlich-rechtlicher Rundfunk. Durch französische Intervention ist der audiovisuelle Bereich aus den Verhandlungen ausgenommen worden. Warum das Eis so dünn und die Verunsicherung so groß ist, zeigt sich hier beispielhaft an der aufgeworfenen Frage, ob unser Rundfunk denn zu den audiovisuellen Medien gehöre oder zu den Telekommunikationsdienstleistungen - und damit verhandelbar sei.

Die großen amerikanischen Konzerne wie Google, Apple oder Amazon haben verständlicherweise ein großes Interesse daran, auf den europäischen Märkten stärker präsent zu sein und werden mit all ihrer Macht darauf dringen. Dabei könnte z.B. ein deutscher kultureller Leuchtturm im Wege stehen und bedroht sein: Die Buchpreisbindung. An ihr zeigt sich die besondere Stellung, die hierzulande dem Buch als

Fortsetzung Seite 11

Fortsetzung von Seite 10

Kultur gut zugemessen wird. Sie stützt ein fast flächendeckendes Buchhandlungsnetz als Kulturvermittler, ermöglicht eine Titel-, Verlags- und Autorenviefalt und ein breites Angebot an Übersetzungen, indem aus erzielten Gewinnen auch Neues mitfinanziert wird. Dies alles ist in den USA nicht vorhanden, der Buchmarkt sehr begrenzt. Aber billiger sind die Bücher im Schnitt dort auch nicht: Umgerechnet 20,55 Dollar kostet durchschnittlich ein Buch in Deutschland, 27,67 in den USA. Der europäische Buchhandel kann auch nicht viel vom amerikanischen Markt erwarten, denn dort gibt es kaum fremdsprachige Literatur und Übersetzungen. Dass z.B. Amazon in der für Print- wie digitale Medien geltenden Buchpreisbindung einen wettbewerbshemmenden staatlichen Eingriff sehen und deshalb ein Streitschlichtungsverfahren beantragen wird, darf man zumindest stark vermuten. Dies hätte dann auch noch eine besondere Pointe, denn auch viele europäische Staaten betrachten unsere Buchpreisbindung nicht gerade mit Wohlwollen und wären nicht traurig, wenn sie über TTIP bedröht würde.

Das alles sind noch Befürchtungen, Sorgen, auch Ängste. Sie sind aber begründet angesichts der unterschiedlichen, ja gegensätzlichen kulturpolitischen Systeme und Werte der Verhandlungsparteien, der Kräfteverhältnisse der Akteure und generell des Stellenwerts der Kultur in der politischen Arena. Die europäische Kulturszene, aber nicht nur sie, weiß um die Bedeutung der Kultur für die europäische Union, die

eben nicht nur eine Wirtschaftsunion ist. Kultur ist der Kern und die Seele der Gemeinschaft und das Bindemittel im Einigungsprozess. Kultur-Staatsministerin Grütters hat Recht, wenn sie mit Blick auf TTIP sagt: „Wir Europäer haben hier viel zu verlieren und wenig zu gewinnen.“

Die teilweise harsche Kritik an TTIP liegt aber nicht zuletzt an der bisherigen Intransparenz des Verfahrens. Warum werden beispielsweise Verhandlungsdokumente nicht offengelegt? Selbst EU-Parlamentarier klagen über den Informationsmangel. Bernd Lange (SPD), Vorsitzender des Handelsausschusses, findet es inakzeptabel, dass er nicht die Verhandlungsposi-

tion der USA erfahre und der Verhandlungsprozess deshalb nicht korrekt bewertet werden könne. Es mangelt auf breiter Basis an Vertrauen.

Die teilweise abfälligen und inhaltslosen Reaktionen auf die TTIP-Kritik tragen sicher auch nicht dazu bei, den notwendigen Dialog auf breiter Ebene über das Für und Wider von TTIP zu führen. Dabei gäbe es nur wenig Kritik an einer Handels- und Investitionsschutzpolitik, wenn unsere europäischen sozialen, ökologischen, kulturellen und rechtsstaatlichen Standards dabei gesichert blieben. Erfreulicherweise ist Sigmar Gabriel jetzt in die Diskussionsoffensive gegangen. Das Entscheidende an diesem beginnenden Prozess wird sein, wie ernst man die Kritik an TTIP nimmt, mit welchen Argumenten man ihr begegnet und wie begründet diese sein werden. Der Hinweis, dass in der Präambel des Vertrages auf die UNESCO-Konvention Bezug genommen werde, ist zwar begrüßenswert, aber ein bisschen dünn und hängt davon ab, wie Bezug genommen wird.

Während TTIP als Ganzes sicher Vorteile und Gefahren beinhalten wird, die gegeneinander abzuwägen sind, gibt es aus kultureller Sicht nur befürchtete Nachteile - und die Leugnung dieser Befürchtungen durch TTIP-Befürworter. Vorteile für die Kultur als Identitätsstifterin sind bisher nicht genannt worden. Wenn aber die Befürchtungen unbegründet sind, Vorteile aber auch nicht zu erwarten sind, ja, warum nimmt man dann die Kultur nicht heraus aus dem ganzen Verfahren?

Eckhardt Barthel □

TTIP in der Debatte

Am **Mittwoch, 4. März um 19 Uhr** lädt das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie zur Diskussion über „TTIP ohne Kultur?“ in die Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Es diskutieren Frank Jahnke, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und Vorsitzender des Kulturausschusses, und Gabriele Schulz, stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates.

Am **23. Februar, 14.00 - 17.30 Uhr**, werden Chancen und Risiken der Freihandelsabkommen in einer gemeinsamen Konferenz von SPD und SPD-Fraktion im Willy-Brandt-Haus diskutiert (siehe BS 2-2015). Auf www.spd.de ist eine Übertragung per Livestream geplant. □

Die Meinungsfreiheit bewahren

Kulturforum lud zum Gedankenaustausch mit Karikaturisten und Journalisten

Mit dem Attentat auf die Zeichner und Journalisten von „Charlie Hebdo“ ist die Bedeutung von Meinungs- und Pressefreiheit wieder in den Vordergrund getreten. Über eine Million Menschen ging in Paris dafür auf die Straße. Auf einer Diskussionsveranstaltung des SPD-Kulturforums mit Berliner Karikaturisten und dem französischen Korrespondenten Pascal Thibaut von Radio France Internationale stand die Suche nach längerfristigen Maßnahmen im Vordergrund.

Walter Fekl, Kurator mehrerer Ausstellungen zu deutscher und französischer Karikatur, sah eine „ungeheure Aufbruchstimmung“ in Frankreich. Die Botschaft laute: „Wir lassen uns nicht unterkriegen.“

Thibaut und Fekl wiesen auf die ganz eigene Entwicklung und Tradition der französischen Karikatur seit der Französischen Revolution hin, die sehr viel drastischer im Ausdruck sei als das etwa in Deutschland der Fall sei. „Charlie Hebdo“ stehe in der



Joachim Günther, Vorsitzender des Kulturforums, im Gespräch mit Pascal Thibaut, Philipp Heinisch und Walter Fekl. Foto: Horb

Tradition des französischen Laizismus und sei jeder Religion gegenüber kritisch.

Satire und Karikatur seien als künstlerische Ausdrucksformen geschützt, so Philipp Heinisch, Vorsitzender des bundesweiten Verbandes Cartoonlobby. Dennoch gebe es Grenzen, die in der Regel durch das Ethos des Zeichners bestimmt werde. Grenzen finde Satire auch bei Rassismus

oder Volksverhetzung. Karikaturen, so Heinisch, nehmen Herrschaftsverhältnisse aufs Korn, sie richten sich aber nie gegen Schwächere. So hätten sich auch die umstrittenen Mohammed-Karikaturen nicht gegen den Islam gerichtet, sondern gegen jene, die Mohammed benutzen.

Oft haben gerade die Islamisten wenig Kenntnisse über den Islam. Pascal Thibaut beschrieb das soziale Umfeld von Perspektivlosigkeit und gefühlter Ausgrenzung in Frankreich, die gerade Jüngere empfänglich für die Botschaften von Hasspredigern machen. Hier müsse mit Aufklärung entgegengewirkt werden

Meinungsfreiheit dürfe jetzt nicht zurückgedrängt werden, so die Diskussionssteilnehmer. In Paris, so Walter Fekl, werde ein Karikaturenfestival geplant, um ein deutliches öffentliches Zeichen zu setzen, dass Einschüchterung keinen Erfolg haben wird. Vielleicht auch eine Idee, die in der Partnerstadt Berlin umgesetzt werden könnte. **uh** □

Vom Umgang mit Schulden

Bernd Schimmler: Eine Erinnerung an die eigene Geschichte

Im letzten Jahrhundert haben - wie schon in den vergangenen 5000 Jahren - Schulden die Entwicklung der Gesellschaft bestimmt. So war es auch im Ersten Weltkrieg.

Die damals verbleibenden staatlichen Schulden wurden - wie in allen späteren Kriegen - durch Inflation finanziert. Der Geldnotenumlauf steigerte sich von 1,8 Milliarden im Juni 1914 auf 22,5 Milliarden Ende 1918. Bis 1919 hatten sich die Schulden Deutschlands auf 144 Milliarden Mark summiert.

Die Goldbestände waren annähernd aufgebraucht. Mit dem verlorenen Krieg kamen weitere Kosten durch Reparationen hinzu. Selbst als die Alliierten ihre Forderungen im Laufe der zwanziger Jahre mehrfach reduzierten, war ein wirtschaftlicher Aufbau nicht möglich. Die Folge war u.a. die Inflation von 1923, die späteren Generationen noch lange in Erinnerung blieb.

Aber auch die Entente-Mächte hatten sich hauptsächlich bei den USA verschuldet, was ihnen ebenfalls in den zwanziger Jahren große Probleme bereitete. Man hatte den Krieg ohne wirtschaftliche Ressourcen begonnen, auf allen Seiten, und am Ende desselben hatte man keinen Plan für die Zukunft.

Der später berühmte Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes, dessen Vorstellungen die wirtschaftlichen Entwicklungen die drei Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg beherrschten, hatte bereits 1920 festgestellt: „Der Vertrag (von Versailles) enthält nichts, um Europa wirtschaftlich wieder aufzurichten, nichts um die besiegten Mittelmächte zu guten Nachbarn zu machen, nichts um die neu entstandenen europäischen Staaten zu stabilisieren, (...)“

Hieraus haben die Sieger des Zweiten Weltkrieges, der erneut nicht nur in



Das Kleingeld der Inflation 1923: 200- und 500-Markmünzen. Scheine trugen zum Schluss den Aufdruck „100 Billionen Mark“. Foto: Horb

Deutschland, sondern auch in England und anderen Alliierten mit Schulden finanziert wurde, glücklicherweise andere Schlüsse gezogen als 1919.

DEUTSCHLANDS SCHULDEN IN DER NACHKRIEGSZEIT

Auch nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg stellte sich die Frage der deutschen Schulden aus der Vor- wie Nachkriegszeit. Mit der zunehmenden Anerkennung der Bundesrepublik auch als Nachfolgestaat des Deutschen Reiches, wurden auch dessen Schulden, z.B. aus amerikanischen Krediten der zwanziger Jahre ebenso ein Thema, wie die Reparationen an die Länder die vom NS-Regime besetzt wurden.

Die Regelung der deutschen Auslandsschulden wurde von den Außenministern der drei Westmächte bereits im September 1950 auf einer Konferenz in New York als Voraussetzung künftiger Souveränitätserweiterungen formuliert. Die folgenden Jahre waren durch entsprechende Ver-

handlungen geprägt, wobei der Bundesrepublik zugute kam, dass eine Integration in die westliche Welt angesichts des Kalten Krieges und des Koreakrieges seitens der Westalliierten erwünscht waren.

Am 6. März 1951 hatte die Bundesregierung die alten und neuen Auslandsschulden grundsätzlich anerkannt. Mit der am 8.8.1952 beendeten Londoner Schuldenkonferenz wurden die deutschen Auslandsschulden begrenzt und die Rückzahlungsmodalitäten festgelegt.

Die ursprünglich bis 1988 datierten Rückzahlungsfristen wurden wegen der florierenden deutschen Wirtschaft bereits durch Vorauszahlungen 1959 und 1961, sowie einer Restzahlung 1966 getilgt. Im Laufe der Verhandlungen wurden die Forderungen an Deutschland von 29,3 Mrd. auf 14,5 Mrd. DM verringert. Die USA verringerten ihre Nachkriegsforderungen aus Krediten von 3,2 Mrd. auf 1,2 Mrd. Dollar, Großbritannien reduzierte seine Forderungen von 814 auf 605 Mio. Dollar und Frankreich verzichtete auf 25 % seiner Forderungen von 16 Mio. Dollar.

GRIECHENLAND STIMMTE SCHULDENABKOMMEN ZU

Auch die Vorkriegsschulden wurden um 2 Mrd. DM reduziert und die Zinsrückstände von 4,4 Mrd. auf 1,4 Mrd. DM gekürzt, wie man in Abelshausen deutscher Wirtschaftsgeschichte nachlesen kann. 15 weitere deutsche Kriegsgegner schlossen sich dem Londoner Schuldenabkommen an - auch Griechenland.

Anders als in der Weimarer Republik wurde mit diesem Schuldenschnitt die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik nicht behindert, sondern auch noch gefördert. Hieran sollten wir angesichts aktueller europäischer Entwicklungen auch denken.

Bernd Schimmler □

Gedenken zum 175. Geburtstag von August Bebel

Mit einer Kranzniederlegung erinnert der SPD-Vorstand am morgigen Sonntag in Köln Deutz an den 175. Geburtstag von August Bebel.

August Bebel wurde am 22. Februar 1840 in Deutz bei Köln geboren. Gemeinsam mit Wilhelm Liebknecht gründete er 1869 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Im Jahr 1875 war er an der Vereinigung mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands beteiligt. Während des Ver-

bots der Partei war er einer der wesentlichen Repräsentanten der Sozialdemokratie. Er gehörte dem Norddeutschen Reichstag und ab 1871 dem deutschen Reichstag an.

„Für Bebel war der Reichstag tatsächlich das Hohe Haus, das er nur in Feiertagskleidung betrat, weil hierher das Volk seine Besten, jedenfalls die schicken wollte, die sein Vertrauen genossen und seine Interessen vertreten sollten“, erinnerte sich Philipp Scheidemann.

Von 1892 bis zu seinem Tod war er einer der beiden Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. August Bebel verstarb am 13. August 1913 in Passugg, Schweiz, an Herzversagen.

August Bebel hat ein umfangreiches schriftstellerisches Werk hinterlassen. Sein Buch „Die Frau und der Sozialismus“ (1879) ist über die Jahrzehnte in immer neuen Auflagen erschienen. Willy Brandt nannte Bebel einen „Kaiser der Arbeiter und der kleinen Leute“.

BS □

Der Weg in die Katastrophe

Der I. Weltkrieg im Spiegel sozialdemokratischer Selbstzeugnisse (Teil 2)

Schwächere „Disziplinbrecher“ oder mutige Stimme des Gewissens? In seinem zweiten Beitrag stellt Holger Czitrich-Stahl das „Nein“ Karl Liebknechts zur Bewilligung der 2. Kriegskredite am 2. Dezember 1914 aus der Sicht sozialdemokratischer Erinnerungen dar.

Nach langem Überlegen und einer heftigen schriftlichen Auseinandersetzung mit dem Fraktionsvorsitzenden der Reichstagsfraktion Philipp Scheidemann hatte sich Karl Liebknecht am 2. Dezember 1914 entschlossen, im Plenum offen gegen die Bewilligung der 2. Kriegskredite zu stimmen und damit aus der Fraktionsdisziplin auszuscheren. Vor ihm hatten am 4. August bei der Abstimmung über die ersten Kriegskredite Josef Simon (Oberfranken) und Fritz Kunert (Merseburg) zwar nicht gegen die Kredite gestimmt, waren aber vor der Abstimmung aus dem Plenum gegangen. Da sie ihr Verhalten zunächst beibehielten und später zu den Fraktionsopponenten und dann zur „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ (SAG) bzw. USPD stießen, bleiben sie die einzigen Fraktionsmitglieder, die nie der Bewilligung zugestimmt haben. Auch Karl Liebknecht fügte sich am 4. August 1914 noch der Fraktionsdisziplin, wenn auch äußerst widerwillig.

Kurz vor der für den 2. Dezember anberaumten Abstimmung über eine erneute Bewilligung tagte die Reichstagsfraktion am 29. November unter der Leitung von Hugo Haase. Liebknecht erinnert sich: „Als Haase die Kreditbewilligung eine Zertrümmerung unserer Parteigrundsätze nannte, entgegnete David: Dann hätten sich ja auch die Vierzehn der Fraktionsminderheit, die sich am 4. August im Plenum der Mehrheit unterworfen hätten, an der Zertrümmerung der Parteigrundsätze beteiligt. Ein Zwischenruf Liebknechts, die Konsequenz dieser Bemerkung Davids führe zur öffentlichen Abgabe eines Minderheitenvotums im Plenum, löste lebhaftere Bewegung aus.“ (Liebknecht, Klassenkampf gegen den Krieg, S. 35)

Während Liebknecht also bereits auf eine offene Opposition gegen den „Burgfrieden“ mit der Reichsleitung drängte, mochten andere Kritiker des „Burgfriedens“ ihm noch nicht folgen. Zunächst beschloss eine Mehrheit gegen nunmehr 17 Stimmen - die Vierzehn vom 4. August minus Paul Lensch (Auerbach/Sachsen) sowie Josef Emmel, Wilhelm Stolle, Arthur Stadthagen und Fritz Baudert - die erneute Zustimmung zu weiteren Kriegsanzuleihen. Dann beantragte Alfred Henke (Bremen), der Minderheit ein eigenständiges Votum zu gestatten, was



Gegenspieler Liebknechts: Dr. Eduard David. Foto: Bundesarchiv, Bild 183-R04545 / CC-BY-SA. Licensed under CC BY-SA 3.0 via Wikimedia Commons

abgelehnt wurde. Eduard David, in diesen Monaten ein „Strippenzieher“ der Fraktion, äußert in seinem „Kriegstagebuch“ dazu: „Bin im Zweifel, ob man es ihnen nicht gestatten soll. Der offene Zwiespalt wäre vielleicht das Bessere gewesen. Aber das Zukreuzen-Kriechen der Opposition in dieser gewaltigen Frage wird ihnen auch das Genick brechen.“ (S. 74)

DIE FRAGE DER PARTEISPALTUNG

Verschiedene Genossen der Fraktion kalkulierten also bereits Ende 1914 die Frage einer Parteispaltung durchaus ein, bevorzugten aber zunächst die Strategie einer moralischen Selbstzerstörung der Fraktionsminderheit. Doch tobten parteiintern bereits heftigste Kämpfe, wie sich Philipp Scheidemann erinnert: „In Stuttgart war inzwischen eine Palastrevolution ausgebrochen. Der radikale Redakteur (Artur) Crispian war durch Wilhelm Keil ersetzt worden. Haase machte deshalb erheblichen Lärm. Ebert und (Otto) Braun mußten nach Stuttgart fahren, um zu sehen, was los sei... Deshalb kam es in Lichtenberg zu einer Versammlung, in der (Arthur) Stadthagen den Parteivorstand in der wüstesten Weise angriff.“ (Memoiren eines Sozialdemokraten, Band 1, S. 254)

Als dann am 2. Dezember 1914 die Abstimmung stattfand, beugten sich die internen Kritiker gleichwohl der Fraktionsdisziplin und stimmten mit der Mehrheit für die Bewilligung von abermals fünf Milliarden Reichsmark. Hermann Molkenbuhr notierte in sein Tagebuch: „Liebknecht stimmt gegen die Fraktion. Nur so kann er seine Eitelkeit voll befriedigen... es wird in den Zeitungen über ihn geschrieben. Er schützt freilich „Grundsätze“ vor. Es scheint

so schön radikal, jeden Pfennig zu verweigern, aber in seiner dem Präsidenten (des Reichstags) übergebenen Erklärung sagt er, daß er für Verwundete, Angehörige der Soldaten, für Wöchnerinnen usw. noch mehr bewilligen will, nur für den Krieg nichts.“ (Tagebücher, S. 235)

Dass Liebknechts Verhalten den ihm nahe stehenden Oppositionsvertretern als vor allem moralisch und weniger taktisch motiviert erschien, bestätigte auch Luise Zietz am 16. Januar 1915: „Und der Liebknecht, ach ja, der hat denen am wehesten getan, die in der Grundanschauung mit ihm übereinstimmen. Disziplinbruch schlimmster Art, Heiterkeitserfolg bei den Bürgerlichen und - Stärkung des revisionistischen und Kompromittierung des radikalen Flügels. Wie wenig Weitblick muß der Mann besitzen, der so handeln konnte.“

Doch Wilhelm Dittmann erinnerte sich anderslautend: „In den oppositionellen Kreisen unserer Partei fand Liebknechts Verhalten dagegen lebhaftere Zustimmung.“ (Erinnerungen, Band 2, S. 269) Der in der Fraktion dennoch weitgehend isolierte „Disziplinbrecher“ hatte sein „Nein“ damit begründet, dass Deutschland die Neutralität Belgiens und Luxemburgs gebrochen hatte, dass es sich um keinen Verteidigungskrieg, sondern um einen imperialistischen Krieg handele, der sich gegen die Arbeiterschaft aller Kriegsparteien richte und dass er sich dem Völkerhass entgegenstellen wolle. Umgehend nach der Abstimmung beschloss die Reichstagsfraktion mit Mehrheit eine von Eduard David entworfenen Resolution, in welcher Liebknecht des Disziplinbruchs beschuldigt wurde.

Doch konnte so nicht mehr verhindert werden, dass die politische Debatte zur Kriegsfrage nun in jede Gliederung der SPD hineingetragen wurde. David versuchte sogar, Liebknechts Ausschluss aus der Fraktion zu erwirken: „5. Dezember... Ich spreche mit Scheidemann, Molkenbuhr und Ebert über das weitere Vorgehen gegen Liebknecht. Sie ... lehnen einen Ausschluss Liebknechts ab.“ (Kriegstagebuch, S. 82)

Rosa Luxemburg schrieb an Kostja Zetkin: „Ich fühle, jetzt muß über das, was vorgeht, ein Buch geschrieben werden, das weder Mann noch Weib gelesen, auch nicht die ältesten Leute, ein Buch, das mit Keulenschlägen auf diese Herde einschläge.“ (Gesammelte Briefe, Band 5, S. 28) Die so abgewatschte Fraktion im Reichstag sollte von nun an die Konflikte um Parteiräson oder Gewissensfreiheit nicht wieder los werden. Diese Tür hatte der Moralist Karl Liebknecht weit aufgestoßen.

Holger Czitrich-Stahl □

Treibende Kraft der Umweltpolitik

Der ehemalige Abgeordnete Dr. Peter Meyer ist verstorben

Der Genosse Peter Meyer verstarb am 15. Januar 2015 in Berlin. Er war für die SPD von 1991 bis 1999 Mitglied des Abgeordnetenhauses und zuvor Bezirksverordneter.

Geboren am 11.12.1935 in Magdeburg verließ er mit seinen Brüdern 1952 die DDR und wanderte nach Los Angeles aus. Seine Eltern musste er zurücklassen. 1958 kam er zurück nach Bonn. Dort studierte Peter und schloss als promovierter Kernphysiker ab. Er trat in den Schuldienst ein und wechselte Anfang der 70er Jahre nach Berlin. Noch vor seiner politischen Karriere wurde er öffentlich bekannt, als er eine SchülerInnenarbeitsgemeinschaft zur Umwelt gründete und mit Untersuchungen zur Wasserqualität in Berliner Seen wesentlich dazu beitrug, dass Motorboote nur

zeitlich eingeschränkt auf Berliner Gewässern fahren durften. Von nun an war er politisch „Meyer-grün“.

1976 trat er in die SPD ein und legte unter dem Thema Zukunftsfähigkeit von Technologien den Finger in die Wunde. Jahrelang warnte er insbesondere vor der Kernenergie. Leider erst mit Tschernobyl 1986 gewann er in der SPD Mehrheitsfähigkeit. Seine SPD-Abteilung nominierte ihn für die BVV. Sein politisches Engagement veranlasste ihn, die deutsche Staatsbürgerschaft wieder zu erwerben, ab 1984 war er Mitglied der BVV. Die deutsche Vereinigung bedeutete ihm viel. 1991 wurde Peter mit einem engagierten Wahlkampf (schon damals machte er unermüdlich Hausbesuche von Tür zu Tür) Wilmersdorfer Vertreter im Abgeordnetenhaus.

Bis 2001 war „Meyer-grün“ ein fester Begriff und die treibende Kraft für Umweltpolitik in der SPD-Fraktion. Als Vorsitzender der Enquete-Kommission „Zukunftsfähiges Berlin“ verankerte Peter Meyer ein Umweltbewusstsein, das heute Standard in der Großstadtpolitik ist. Den MitarbeiterInnen in der Abgeordnetenhausverwaltung blieb er durch ein menschliches und freundliches Miteinander in guter Erinnerung.

Mit seiner Arbeit hat Peter Meyer dazu beigetragen, dass Berlin heute als lebenswerte, innovative und wertschöpfende Metropole weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt ist, äußert sich Ralf Wieland, Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin.

Peter Meyer war zuletzt aktives Mitglied der Abteilungen 93 Olivaer Platz bzw. 98 Wilmersdorf Nord. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Frank-Axel Dietrich □

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

T ERMINE

- 21.02.2015, 14:30, Fachausschuss Internationale Politik, Frieden und Entwicklung, **Führung durch das Afrikanische Viertel**. Im Mittelpunkt stehen Straßennamen, mit denen heute noch Vertreter der rassistischen Kolonialpolitik des deutschen Kaiserreichs geehrt werden. Treffpunkt U-Bhf. Afrikanische Straße, Nordausgang, linke Seite, Müllerstraße, 13351 Berlin. Die Führung übernimmt ein Vertreter von Berlin Postkolonial. Teilnahmegebühr 10 € | Anmelden bitte per Mail: karl-heinz_niedermeyer@web.de
- 23.02.2015, 13:00 - 16:00, **Ole Kreins, MdA - Friedrichsfelde**, „Hartzer Roller“ - Beratung zu Hartz IV, Bürgerbüro von Ole Kreins, Heinrichstraße 1, 10317 Berlin
- 23.02.2015, 14:00 - 17:30, SPD Parteivorstand + SPD Bundestagsfraktion, **Transatlantischer Freihandel - Chancen und Risiken**, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
- 23.02.2015, 17:30 **Susanne Kitschun, MdA, Bürgersprechstunde**, Wahlkreisbüro Susanne Kitschun, Grünberger Straße 4, 10234 Berlin. Anmeldung: susanne.kitschun@spd.parlament-berlin.de
- 24.02.2015, 17:30 - 18:30 **Ralf Wieland, MdA - Wedding, Sprechstunde**, Bürgerbüro am Gesundbrunnen, Bellermannstraße 19 a, 13357 Berlin
- 24.02.2015, 19:00 Ülker Radziwill, MdA - Charlottenburg, **Mieten- und Wohnungspolitik in Berlin**, mit Staatssekretär für Bauen und Wohnen Prof. Dr.-Ing. Engelbert Lütke Daldrup, Kiez-Büro von Ülker Radziwill, Friedbergstraße 36, 14057 Berlin
- 24.02.2015, 19:00, Cansel Kiziltepe, MdB + Klaus Mindrup, MdB, **Fraktion vor Ort: TTIP und CETA - Chancen und Risiken transatlantischer Freihandelsabkommen**, Betsaal, ehem. jüdisches Waisenhaus, Berliner Straße 120/121, 13187 Berlin. Eingang über Hadlichstraße. Verbindliche Anmeldung unter klaus.mindrup@bundestag.de erbeten.
- 24.02.2015, 19:30 - 21:30, Daniel Buchholz, MdA / Fachausschuss Natur, Energie und Umweltschutz, **Das Berliner Energiewendegesetz, mit** Andreas Geisel, Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- 24.02.2015, 19:30, Swen Schulz und Eva

Högl, **Fraktion vor Ort: Sterbehilfe**, Rathaus Charlottenburg, Bürgersaal (3.OG), Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin. Um Anmeldung wird gebeten unter Tel.: 227 70 187.

- 24.02.2015, 19:00 - 21:00, Forum Netzpolitik, **Wann kommt eigentlich endlich dieser Datenschutz?** mit Elisabeth Kotthaus, in der Vertretung der EU-Kommission in Berlin zuständig unter anderem für die Bereiche Justiz, Inneres und Grundrechte. Rainmakingloft Berlin, Charlottenstraße 2, 10969 Berlin
- 25.02.2015, 16:30 - 18:15, AG Selbst Aktiv - Menschen mit Behinderungen in der SPD, **Inklusion in der Schule - der Berliner Weg**, mit dem Staatssekretär für Bildung Mark Rackles, AWO Landesverband, Blücherstraße 62, 10961 Berlin, wichtig für SFD: Eingang ab 17:30 Uhr über die Hofseite/Rückseite des Gebäudes - über die Brachvogelstraße
- 25.02.2015, 17:00 - 18:00, **Karin Halsch, MdA - Lichtenberg, Sprechstunde**, Bürgerbüro von Karin Halsch, MdA, Am Berl 13, 13051 Berlin
- 25.02.2015, 15:00 - 17:00, **Dr. Ina Czyborra, MdA - Zehlendorf, Sprechstunde**, Wahlkreisbüro von Ina Czyborra, Onkel-Tom-Straße 1, 14169 Berlin
- 26.02.2015, 18:00, SPD-Bund, **Regionalkonferenz „Ein Jahr große Koalition: Erste Bilanz unserer Regierungsarbeit“**, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin. Anmeldung erbeten unter www.spd-berlin.de/regionalkonferenz
- 26.02.2015, 19:00, Jusos Tempelhof-Schöneberg, **Langzeitarbeitslosigkeit**, SPD Kreisbüro Tempelhof-Schöneberg, Hauptstraße 100, 10827 Berlin
- 26.02.2015, 19:00, SPD Mitte - Abt. Alexanderplatz + Abt. Luisenstadt, **Wem gehört mein Tod? Selbstbestimmt leben und sterben**. Zu Gast ist die Bundestagsabgeordnete Eva Högl. Café CoCo im Kreativhaus Fischerinsel, Fischerinsel 3, 10179 Berlin
- 26.02.2015, 18:30 - 20:30, Fachausschuss Familien-, Kinder- und Jugendpolitik, **Eigenständige Jugendpolitik**, zu Gast ist Staatssekretärin Sigrid Klebba. Gangway, Schumannstraße 5, 10117 Berlin
- 28.02.2015, 11:00 SPD Tempelhof-Schöneberg - Abt. Schöneberg, **Nachbarschaftsfrühstück im Lindenhof**, GeWoHin, Reglinstraße 26e, 12105 Berlin
- 02.03.2015, 17:30 - 18:30, **Sven Heinemann, MdA - Friedrichshain, Bürgersprechstunde**, SPD Wahlkreisbüro, Grünberger Straße 4, 10243 Berlin
- 02.03.2015, 09:30, Swen Schulz, MdB - Spandau, **Erwerbslosenfrühstück**, Veranstaltungsort: N.N., Anmeldung unter Tel.-Nr.: 227 70 187.
- 03.03.2015, 19:30, SPD Tempelhof-Schöneberg - Abt. City, **„PeGiDa“**, Ref.: Susann Rüttrich, MdB, Landesgruppe Sachsen (angefragt), DGB-Haus, Raum 40, Keithstraße 1-3, 10787 Berlin
- 03.03.2015, 07:30 - 09:00, Björn Eggert, MdA - Kreuzberg, **Dienstagfrühverteilung von Björn Eggert MdA**: Informationen über die

Arbeit der SPD in Bund & Land, U-Bhf. Halleisches Tor, 10961 Berlin

- 04.03.2015, 16:00 - 17:30, **Franziska Becker, MdA - Wilmersdorf, Sprechstunde**, Wahlkreisbüro von Franziska Becker, Fechnerstraße 6a, 10717 Berlin
- 04.03.2015, 15:00 - 17:00, **Dr. Ina Czyborra, MdA - Zehlendorf, Sprechstunde**, Wahlkreisbüro von Ina Czyborra, Onkel-Tom-Straße 1, 14169 Berlin
- 05.03.2015, 16:00 - 17:00, **Bruni Wildenhein-Lauterbach, MdA - Wedding, Bürgersprechstunde**, AWO-Freizeitstätte-Schillerpark, Barfusstraße 22/ 24, 13349 Berlin
- 05.03.2015, 18:30 - 19:30, **Torsten Schneider, MdA, Bürgersprechstunde**, Bürgerbüro von Torsten Schneider, Florastraße 94, 13187 Berlin
- 05.03.2015, 10:30, **Bruni Wildenhein-Lauterbach, MdA - Wedding, Infostand** vor Real Müllersraße Ecke Ungarnstraße, 13349 Berlin. mit dabei Bezirksverordnete der BVV Mitte
- 05.03.2015, 18:00, Bruni Wildenhein-Lauterbach, MdA - Wedding, **Wer macht Kultur im Wedding?** Künstler treffen Künstler.Barfuss Theater am Schillerpark, Barfusstraße Ecke Edinburger Straße, 13349 Berlin
- 06.03.2015, 16:00, Bruni Wildenhein-Lauterbach, MdA - Wedding, **Jugendarbeitslosigkeit und Fachkräftemangel - 2 Seiten einer Medaille?** Diskussion, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
- 06.03.2015, 19:30, Berliner Stimme, Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie, **Krimilesung mit Isabella Bach: „VINDICTA - Strafe muss sein!“** mit Bruni Wildenhein-Lauterbach, MdA, Dr. Eva Högl, Bundestagsabgeordnete und Dr. Christian Hanke, Bezirksbürgermeister von Mitte, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstrasse 163, 13353 Berlin
- Alle Termine: www.spd-berlin.de/termine

August Bebel Institut:

Aktuelles aus der Politischen Bildung

MITMACHEN! Sitzungen partizipativ gestalten. mit Alexandra Kramm (Politikwissenschaftlerin und Coach).

Neben Aktionen und Kampagnen gehören auch Sitzungen zum Alltag von Initiativen, Vereinen und Parteien. Wie kann beim Sitzen rund um den Tisch Abwechslung und Spaß aufkommen? Wie können alle beteiligt und Machtstrukturen vermieden werden? Mit etwas Vorbereitung, ausgewählten Techniken und wenig Material kann jede Sitzung so gestaltet werden, dass nicht nur wenige reden und organisieren, während der Rest gelangweilt ist. An diesem Abend probieren wir das aus.

➡ Workshop Di 17. Februar, 17:30-21:30 Uhr, Beitrag 10 € inkl. Snacks und Getränken. anmeldung@august-bebel-institut.de

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin, per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

„Aufklärung, nicht Abrechnung“

Ausstellung über „Die Roten Khmer und die Folgen“

Tropischer Wald mit einer Senke - ein Biotop. Eine offene Landschaft, von einzelnen Palmen begrenzt und in der Mitte ein Tümpel. Die Idylle trägt. Die großformatigen Fotos von Vandy Rattana zeigen Bombentrichter, die sich die Natur zurückerobert hat, aus der Zeit, als amerikanische Flugzeuge ihre todbringende Last über Kambodscha abwarfen.

Gut vier Jahrzehnte liegt das zurück. Der Bombardierung folgten von 1975 bis 1979 die Jahre des Terrors der Roten Khmer, dem 1,7 Millionen Kambodschaner, ein Fünftel der gesamten Bevölkerung zum Opfer fielen. Es folgten Jahre des Bürgerkriegs und des wirtschaftlichen Niedergangs des Landes. Erst 1993 gab es erste demokratische Wahlen. Diesem Land widmet die Akademie der Künste (AdK) eine multimediale Ausstellung im Sinne einer künstlerischen Erinnerungsarbeit.

Das Spektrum ist weit gesteckt. Fotografien und Videosequenzen des 32jährigen Kvy Samnang veranschaulichen die Landnahme durch Zersiedelung und Umweltzerstörung. Der deutsche Maler Günther Uecker zeigt mit dem Zyklus „Wind der Seelen der Toten, für die Kinder der Khmer“ Porträts von Opfern der Khmers in den Gedenkstätten. Der Engländer Tim Page, einst Kriegsfotograf in Indochina, präsentiert Porträtfotos von Bauern und Handwerkern. Nico Mesterharm hat vor Jahren in Phnom Penh ein Künstlerhaus gegründet und hat in diese Ausstellung beeindruckende Dokumentarfilme kambodschanischer Filmemacher eingebracht.

Für Klaus Staeck, den Präsidenten der AdK, will diese Ausstellung Aufklärung bewirken, nicht Abrechnung. Er erinnert sich an die ideologische Überhöhung des Pol Pot-Regimes in den siebziger Jahren hierzulande durch ideologische Sektierer, etwa beim Kommunistischen Bund West-



Kambodschanische Schneiderin - eine Aufnahme von Tim Page aus dem Jahre 2013. © Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH and the artist

deutschlands (KBW): „Es gruselt mich bei diesen Erinnerungen.“ **Gunter Lange** □

➡ Die Ausstellung ist bis zum 1. März in der AdK am Hanseatenweg 10 zu sehen und wird von einem umfangreichen Filmprogramm begleitet. Eintritt 5 bzw. 3 Euro. Die Ausstellung ist von dienstags bis sonntags von 11 bis 19 Uhr geöffnet.

Besuche im Theater und Konzert

Für die in der vorigen Ausgabe angekündigten Besuche im Theater an der Parkaue am 13. März (Kafkas „Verwandlung“) und in der Singakademie am 9. April („Medea“) stehen noch einige Karten zur Verfügung. Wir bitten um rasche Anmeldung per Mail an berliner.stimme@spd.de, telefonisch unter 4692 150 oder in unseren beiden Anmeldeformularen unter www.spd.berlin/theater-parkaue bzw. www.spd.berlin/karten-singakademie.

KULTURTIPPS

Lesung. Die Berliner Autorin Isabella Bach stellt am 6. März in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus ihren neuesten Kriminalroman „VINDICTA - Strafe muss sein!“ vor. Es ist ein gesellschaftskritischer Roman über Liebe und Hass, Hingabe und Kontrolle, über Vergebung und die Macht der katholischen Kirche. Angesiedelt ist er in der Parallelwelt der SM-Szene, die seit dem Bestseller „50 Shades of Grey“ reichlich Beachtung erfährt.

➡ 6. März, 19.30 Uhr, Eintritt frei, Spenden erwünscht, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin, Anmeldung erbeten: www.spd-berlin.de/lesung-vindicta



Industriekultur. Im Bürgerbüro der Pankower SPD-Abgeordneten Clara West ist bis zum 12. April die Ausstellung „hot steel IS surreal“ zu sehen. Gezeigt werden Arbeiten von Roy Frederick Woelfer, der seit über 20 Jahren Industriekultur in Acryl auf Leinwand darstellt. Die Bilder stammen aus seiner Werkreihe „Steel Mill-Series“, beeinflusst vom italienischen Futurismus und dem amerikanischen Präzisionismus.

➡ Ausstellung im Wahlkreisbüro Dr. Clara West, Mda, Naugarder Straße 43, Öffnungszeiten bitte telefonisch erfragen unter 767 300 36